VBE

03/2019
Zeitschrift des
Verbandes Bildung und Erziehung
Rheinland-Pfalz
07.03.2019 / 70. Jahrgang

Rheinland-pfälzische Schule

Mehr Gerechtigkeit
Damit Lehrer nicht sitzen bleiben.

Arbeitsplatz Grundschule – wie die Arbeit mit den Kindern wieder zum Traumberuf wird

- **Recht konkret: Doppelversorgung**
- **Junger VBE: Plickers im Unterricht**

Inhalt

Leitartikel	3
Magazin	4
Aktuell	6
Thema	8
Berichte	14
Junger VBE	15
Berichte	16
Personalräte & Co.	18
Recht	19
Infos & Technik	21
Gratulation & Erinnerung	23
VBE Bund	24
Seniorinnen & Senioren	25
Termine	26
Literatur für Lehrer	29
Zum Schluss ...	30

IMPRESSUM

7. März 2019, 70. Jahrgang

Herausgeber Verband Bildung und Erziehung (VBE), Landesverband Rheinland-Pfalz, Adam-Karrillon-Str. 62, 55118 Mainz, Telefon: 0 61 31-61 64 22, Telefax: 61 64 25, info@vbe-rp.de

Redaktion:
Elisa Engert *ele* (Chefin vom Dienst), e.engert@vbe-rp.de, **Dr. Markus Bachen *mb*** (Veranstaltungen/Regionales), m.bachen@vbe-rp.de, **Frank Handstein *fh*** (Reportage/Recht), f.handstein@vbe-rp.de, **Marlies Kulpe *mkl*** (Bildungspolitik/Rubriken), m.kulpe@vbe-rp.de, **Johannes Müller *jm*** (Personalräte/Recht), j.mueller@vbe-rp.de, **Klaus Schmidt *kfs*** (Reportage/Berufspolitik/Zum Schluss), k.schmidt@vbe-rp.de

Verlag: VBE Bildungs-Service GmbH, Adam-Karrillon-Str. 62, 55118 Mainz

Fotos/Grafik:
Marie Wilhelm/typoly: Titel, S. 8, 10, 11, 12, 13, Fotostudio Jan Roeder: 3, 4, 5, 16, 17, 19, 20, Elisa Engert: 6, 25, Oliver Pick: 14 (2), Markus Marhöfer: 15, Dr. Guido Klumpp: 25, Goldschmidt/www.landesmuseum.de: 26, Carlsen Verlag: 29, typoly: Rückseite

Die RpS erscheint zehnmal im Jahr. Für VBE-Mitglieder ist der Bezugspreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Nichtmitglieder bestellen beim Verlag zum Preis von 4,80 Euro vierteljährlich einschließlich Vermittlungsgebühren.

Redaktionsschluss 18.03.2019 für Heft 04/2019

Den Inhalt namentlich gezeichneter Artikel verantworten deren Verfasser. Nachdruck ist nur mit Zustimmung der Redaktion und Quellenangabe zulässig. Für unverlangt eingesandte Manuskripte besteht keine Gewähr.

Gesamtherstellung, Anzeigenverwaltung Wilke Mediengruppe GmbH, Oberallener Weg 1, 59069 Hamm, E-Mail: info@wilke-mediengruppe.de

ISSN: 1869 3717

Die nächste RpS erscheint am 4. April 2019.

Editorial

Streiken und streiken lassen

Seit einiger Zeit gehen – erfreulicherweise – die Schülerinnen und Schüler wieder auf die Straße. Unter dem Hashtag #fridaysforfuture ziehen Tausende und Abertausende Schulpflichtige freitags los, um in Europa und Australien für den Klimaschutz zu streiken.

Heiß diskutiert wird dabei, welche Sanktionen man der jungen Generation auferlegen muss, die sich mit deutlicher und lauter Stimme gegen die klimaverachtenden Entscheidungen von Trump & Co. aufbäumen. Aber sollte man nicht eher mit den Entscheidern von morgen, die mit unseren Versäumnissen von gestern leben müssen, diskutieren, verhandeln, ihnen Gehör und die Zeit schenken, ihre Meinung äußern zu dürfen?

Lehrkräfte und Beschäftigte des öffentlichen Dienstes dürfen das doch schließlich auch. Warnstreiks, Kundgebungen ... Alles für das liebe Geld, das sie sich – und das ist unstrittig – verdient haben.

Hören wir bei den Warnstreiks doch einfach mal genauer hin, nehmen wir die Warnung wahr und setzen wir unsere Hoffnung darauf, dass „die Jugend von heute“ mit ihrem Mut genauso Großes bewegen kann wie schon andere zuvor in den Jahren 1968 oder auch 1989 ...

PS: Das Beste kommt zum Schluss – oder: Wenn man das Ende schon am Anfang verrät ... Ab dieser Ausgabe dürfen Sie sich wieder auf das altbewährte und allseits heiß geliebte und so lang ersehnte Rätsel freuen. Unser Rätselfuchs Klaus Schmidt ist wieder auf den Beinen. Willkommen zurück!

Ihre RpS-Redaktion

Aktiver Datenschutz

Seit dem 25. Mai 2018 ist bekanntlich die Europäische Datenschutz-Grundverordnung in Kraft. Diese schützt die Daten der Verbraucher und natürlich auch der VBE-Mitglieder. Der VBE Rheinland-Pfalz geht sehr sorgsam mit den Daten seiner Mitglieder um. Wenn wir an dieser Stelle – wie seit vielen Jahren – die Geburtstage und Adressen unserer älteren Mitglieder veröffentlichen, dann nur, weil wir wissen, wie wichtig diese Veröffentlichung den Mitgliedern und den Kreisverbänden ist. Wer an dieser Stelle nicht genannt werden will, konnte und kann uns das jederzeit mitteilen, Anruf oder Mitteilung genügt (Fon 06131 616422 oder per E-Mail info@vbe-rp.de).

Die RpS-Redaktion

Täglich grüßt das Murmeltier … … und nichts dazugelernt!

Es ist nun fast genau ein Jahr her, da setzte sich der Leitartikel der RpS mit dem desaströsen Zustand und der noch düstereren Prognose in den Grundschulen unseres Landes auseinander. Und im vergangenen Dezember hat das Bildungsministerium es wieder getan! Geworben mit der im Koalitionsvertrag festgeschriebenen 100-prozentigen Unterrichtsversorgung wird unter kerniger Überschrift „Versprochen und angepackt …“ ein Bild gezeichnet, das den Lesern ein famoses Bild vom Zustand der Grundschulen zeichnet, das aber so gar nicht deckungsgleich mit den Erfahrungen und täglichen Erlebnissen in den Kollegien vor Ort ist.

Wie vor einem Jahr, so haben wir folgerichtig auch in diesem Jahr diese politische Lobhudelei in unserer Pressekonferenz angeprangert. Während in den Kollegien der temporäre Unterrichtsausfall alle Lehrkräfte an ihre Leistungsgrenze bringt – allzu oft auch darüber hinaus –, stellt sich der Dienstherr hin, klopft sich selbstgefällig auf die Schulter und verkündet stolz: Grundschule? – Läuft!

Kooperierende und unterstützende Einrichtungen wie die Förderschule, die in gleicher Weise vom Lehrkräftemangel betroffen ist, werden zwecks Einsparungen zu Förder- und Beratungszentren umgewandelt. Die in vielen Schulen als so segensreich empfundene integrierte Förderung eingestampft. Die Not im Förderschulbereich hat mittlerweile schon die Einstellung der Beratung von Grundschulen zur Folge. Wieder eines der ganz schlechten Beispiele des Dienstherrn im Umgang mit seinen Lehrkräften und damit nicht zuletzt auch mit den Schülerinnen und Schülern. Rücksichtslos – die Schuldenbremse und den Rechnungshof immer im Augenwinkel.

Da bleibt doch jedem die Zahl der strukturellen Unterrichtsversorgung im Halse stecken. Kollegien, die am Rande ihrer Leistungsgrenze angekommen sind, täglich in heterogenen, integrativen, inklusiven Klassen stehen, womöglich noch mit Schülerinnen und Schülern aus der Nachbarklasse, deren Klassenlehrerin krankgemeldet ist. Da spielt eine Klassenmesszahl von 24 schon lange keine Rolle mehr. Die vermeintliche Antwort des Ministeriums hierzu sind Programme wie Ohrenspitzer, Mathe macht stark und ein verbindlicher Grundwortschatz. Zahlreiche Rückmeldungen aus den Kollegien spiegeln allerdings ein ganz anderes Bild wider. Hier werden diese Programme oder auch die sogenannten guten Aufgaben zur täglichen Arbeit in den Grundschulen nicht benötigt. Das können unsere Kolleginnen und Kollegen bereits durch ihre Ausbildung selbstständig leisten!

Nebenbei wird versucht, mit finanzieller Unterstützung durch die Barmer Ersatzkasse Lehrkräfte und Schülerschaft in ihrem Elend widerstandsfähiger gegen die Unzulänglichkeiten zu machen. Mit dem Programm MindMatters wird noch schnell etwas zur Resilienz derer, die das vor Ort nicht mehr ertragen können, angeboten. Als gebe es nicht Warnhinweise genug, sucht das Land für jeden Topf ein Deckelchen und versucht damit den Druck im Kessel weiter kontrollieren zu können. Oberste Prämisse: Möglichst kostengünstig muss es sein. Und da sind die Programmbausteine günstiger als die Aufstockung des Personals oder die Entlastung durch angemessene Anrechnungsstunden.

Oliver Pick

Auch die Einführung von multiprofessionellen Teams, die in allen Arbeitsgruppen zur IQB-Studie einstimmig gefordert wurde, lässt auf sich warten. Genauso wie die Novellierung der Schulbaurichtlinien, die offensichtlich bis mindestens zum Ende der Legislatur hinausgeschoben wird. Alles in allem ist das Lehramt an Grundschulen nicht mehr attraktiv und selbstverständlich finden sich auch nur noch die wirklichen Enthusiasten in diesem Arbeitsfeld wieder. Wer erduldet denn sonst so hingebungsvoll die aktuellen Arbeitsbedingungen unter einem derart sorglosen Dienstherrn bei geringerer Entlohnung als andere Lehrämter?

Wann endlich erkennt man in Mainz die Zeichen der Zeit und sucht nicht weiter nach Ausreden? Wann werden endlich die seit Langem geforderten verbesserten Arbeitsbedingungen in der Grundschule ernsthaft angegangen? Sicherlich bedeutet dies nicht nur Ehrlichkeit im Umgang mit dem Thema, sondern auch die kritische Auseinandersetzung mit allen Schularten. Aber mit der Ehrlichkeit ist das eben so eine Sache …

Der VBE wird in diesem Sinne weiter und mit Nachdruck für eine Aufwertung des Grundschullehramtes kämpfen, für eine bessere und gerechte Besoldung, für mehr Planstellen, für eine Entlastung aller Lehrkräfte und für bessere Bedingungen an unseren Grundschulen im Land – mit BISS!

Oliver Pick
stellv. Landesvorsitzender

Umfrage: Mehrheit gegen Länder-Zuständigkeit für Bildung

Unterschiedliche Schulen, unterschiedliche Lehrpläne, unterschiedliche Abituraufgaben – Bildung ist in Deutschland Ländersache. Die Mehrheit der Bundesbürger sieht das laut einer aktuellen Umfrage allerdings kritisch. Fast 70 Prozent wünschen sich, dass der Bund stärker mitbestimmt. Mehr als die Hälfte (57 Prozent) lehnt die Zuständigkeit der Länder ganz ab, wie die Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov ergab. Nur knapp jeder Dritte findet es demnach gut, dass die Länder bei der Bildung den Hut aufhaben. Die meisten Gegner der Länder-Zuständigkeit leben in Brandenburg (78 Prozent), Thüringen (72 Prozent) und Schleswig-Holstein (71 Prozent). Die meisten Fans hat der Bildungsföderalismus dagegen im Saarland, wo fast jeder Zweite ihn eher gut oder sehr gut findet. Aktuell ist diese Debatte wegen des sogenannten Digitalpakts Schule. Der Bund will den Ländern fünf Milliarden Euro für die Ausstattung der Schulen mit WLAN, teilweise auch Laptops und Tablets sowie digitalen Lerninhalten geben. Doch die Länder bremsten ihn aus, denn sie sehen ihre Hoheit über Bildungsthemen in Gefahr – vor allem, weil für die Finanzspritze das Grundgesetz geändert werden soll und der Bund damit dauerhaft mehr Einflussmöglichkeiten bekäme. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) wetterte über einen „grundständigen Angriff“ des Bundes auf die Länderkompetenzen.

dpa/RED

Streit in NRW über gleichen Lohn für alle Lehrer

Die Forderung nach gleichem Lohn für alle verbeamteten Lehrer von der Grundschule bis zum Gymnasium sorgt für Streit in Nordrhein-Westfalen. Einige Juristen bewerten die schlechtere Bezahlung von Grund-, Haupt- und Realschullehrern im Verhältnis zu Gymnasiallehrern als Verstoß gegen die Verfassung. Andere Experten sehen die Landesregierung verfassungsrechtlich nicht zur Angleichung der Lehrergehälter verpflichtet. Das geht aus Stellungnahmen für eine Anhörung zur Lehrerbesoldung im Haushaltsausschuss des Landtags hervor. Bisher werden Lehrer etwa an Grundschulen nach A 12 bezahlt – das sind rund 500 Euro brutto im Monat weniger als bei Stufe A 13, die für gymnasiale Oberstufenlehrer gilt.

Unterschiedliche Lehrergehälter seien „verfassungsrechtlich bedenklich und auch nicht (mehr) geboten“, erklärt der Bochumer Rechtsanwalt Sven Ollmann. Er sieht hier eine „willkürliche Ungleichbehandlung“. Denn es gebe inzwischen keine Unterschiede mehr in Aus- und Fortbildung und auch nicht in den Aufgaben der jeweiligen Lehrämter. Eine unterschiedliche Bezahlung verstoße gegen das Grundgesetz, „wonach wesentlich Gleiches gleich behandelt werden muss“. Ob die Aufgaben von Grundschul- und Gymnasiallehrern wirklich die gleichen sind, stellt Professor Heinrich Amadeus Wolff vom Lehrstuhl für Öffentliches Recht an der Universität Bayreuth infrage. Wie ein Amt zu bewerten sei und damit auch die Besoldungseinstufung, sei Sache des Gesetzgebers. Besonders im verzweigten Schulwesen gebe es da einen „Gestaltungsraum“. Eine allgemeine Pflicht, alle Ämter mit einheitlicher Ausbildung gleich einzustufen, gebe es jedenfalls nicht. Entscheidend seien die Aufgaben, nicht die Ausbildung. Fazit des Rechtsexperten: Das Land dürfe zwar einen „Einheitslehrer“ schaffen, es sei aber verfassungsrechtlich nicht dazu verpflichtet.

Der Landesverband Bildung und Erziehung (VBE) fordert seit Langem gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. „Der Personalmangel in den Schulen ist das Ergebnis jahrelanger verfehlter Sparpolitik und fehlerhafter Personalplanungen seitens der jeweiligen Landesregierungen.“ Mittlerweile haben fast alle Bundesländer zumindest für den Sekundarstufenbereich die Bezahlung nach A 13 vorgesehen. Für eine bessere Bezahlung der Grundschullehrer sind zudem Berlin, Brandenburg, Sachsen und Schleswig-Holstein die Vorreiter. Diese Länder könnten umzugswillige Lehrkräfte aus anderen Ländern zu besseren Bedingungen einstellen und damit den Lehrermangel etwa in NRW noch verschärfen.

dpa/RED

Regierung: Lehramtsanwärter mehr ins Ausland

Das Bundesbildungsministerium und der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) wollen nach einem Medienbericht mehr angehenden Lehrern ein Semester oder ein Praktikum im Ausland ermöglichen. Dafür sollen mit Bundesmitteln zusätzliche Stipendien ausgegeben und Kooperationen mit ausländischen Hochschulen gefördert werden, berichtete das Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) am 8. Februar.

Nach RND-Informationen will der Bund dafür bis 2022 insgesamt 23 Millionen Euro investieren. „Weltoffenheit, Weltgewandtheit und Sprachfertigkeit vermitteln insbesondere Lehrerinnen und Lehrer gut, die selbst Erfahrungen im Ausland gesammelt haben“, sagte Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) dem RND. „Ein Semester oder Praktikum im Ausland ist eine vielfältige Bereicherung.“

Während durchschnittlich etwa 30 Prozent der deutschen Studenten für ein Praktikum oder ein Semester den Schritt ins Ausland wagen, sind es nach dem Bericht beispielsweise bei angehenden Grund- und Hauptschullehrern nur 17 Prozent.

dpa/RED

Rheinland-Pfalz will mehr Demokratiebildung an Schulen

Mit einem Bündel von Maßnahmen will Rheinland-Pfalz Gedenkkultur und Demokratie-Unterricht an den Schulen vertiefen. Dazu sollen zusätzlich mehr als vier Millionen Euro im Jahr bereitgestellt werden, wie Bildungsministerin Stefanie Hubig (SPD) am 30. Januar im Landtag mitteilte.

Das neue Konzept sieht auch mehr Sozialkunde im Unterricht, Besuche von NS-Gedenkstätten und eine Stärkung der Schülermitbestimmung vor. Angesichts von Bedrohungen der Demokratie durch Nationalismus und Populismus komme es entscheidend darauf an, den Schülerinnen und Schülern die Erinnerung an die Verbrechen der Nazidiktatur, das Lernen und Leben von Demokratie sowie das europäische Miteinander nahezubringen, sagte Hubig in einer Regierungserklärung in Mainz.

Hubig kündigte zum nächsten Schuljahr eine Richtlinie an, wonach alle Jugendlichen im Laufe ihres Schullebens mindestens einmal eine NS-Gedenkstätte oder einen anderen Ort des Erinnerns besuchen sollen. Im Pädagogischen Landesinstitut werde eine zentrale Servicestelle für schulische Zeitzeugen- und Gedenkarbeit eingerichtet. Auch in der Ausbildung aller Lehrkräfte sollen Gedenkstättenbesuche verankert werden. Ab 2020 soll es künftig alle zwei Jahre wieder einen Schüleraustausch mit Israel geben – zuletzt wurde dies 2009 und 2015 organisiert.
Ab dem Schuljahr 2020/21 werde der Sozialkundeunterricht schrittweise um zwei Wochenstunden ausgebaut und bereits in der 8. Klasse beginnen, teilte die Ministerin mit. Es werde sichergestellt, dass auch in der Oberstufe alle Schüler das Fach Sozialkunde belegen. In einer Neufassung des Schulgesetzes sollen die Mitbestimmungsrechte der Schüler ausgeweitet werden.

Eine Ausweitung des Sozialkundeunterrichts habe die CDU-Fraktion bereits 2010 gefordert, sagte deren Vorsitzender Christian Baldauf. Auch die Stärkung der Gedenkkultur im Unterricht sei der CDU-Fraktion ein wichtiges Anliegen. Baldauf wandte sich gegen eine „Verwischung von Unterrichtsfächern“ und forderte ein klares Profil für den Geschichtsunterricht.

dpa/RED

Hochschulzukunftsprogramm: Neuorganisation der Universität Koblenz-Landau beschlossene Sache

Im Januar 2019 traf sich der VBE Rheinland-Pfalz zum gemeinsamen Gespräch mit Prof. Dr. Konrad Wolf im Wissenschaftsministerium – nur wenige Wochen vor der überraschenden Entscheidung, die Universität Koblenz-Landau aufzusplitten und den Campus Landau mit der TU Kaiserslautern zusammenzuführen. Über Jahre und Bildungsminister/-innen hinweg wurde diese Entscheidung wiederholt aufgeschoben.

Gemeinsamer Austausch:
Wissensschaftsminister Konrad Wolf und VBE-Chef Gerhard Bold

Zur Stärkung der Wissenschaftslandschaft hatte das Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur (MWWK) 2017 eine unabhängige Expertenkommission beauftragt, die Potenziale und Chancen des Hochschul- und Wissenschaftsstandorts Rheinland-Pfalz zu begutachten und zu bewerten. Im April 2018 hatten die Expertinnen und Experten ihren Bericht vorgelegt, der den bisherigen Kurs der Landesregierung bestätigt und zugleich Anregungen zur Entwicklung des rheinland-pfälzischen Hochschulsystems beinhaltet. Im Zentrum stehen unter anderem die regionale Verankerung der Hochschulen, die Attraktivität von Forschung und Lehre – auch im Hinblick auf Exzellenz- und Spitzenforschung, die strategische Steuerung der Hochschulen über Ziel- und Leistungsvereinbarungen, die Förderung kooperativer Promotionen sowie die hochschulübergreifende Digitalisierung.

Darüber hinaus hat die Kommission die derzeitige Struktur der Universität Koblenz-Landau mit mehreren Standorten für eine erfolgversprechende Entwicklung infrage gestellt und auf die Kooperationspotenziale der Standorte in der jeweiligen Region, insbesondere in der Hochschulregion Pfalz mit der Technischen Universität Kaiserslautern und im Norden des Landes mit der Hochschule Koblenz, hingewiesen.

Beim Treffen im Januar betonte Konrad Wolf, es gehe bei einer möglichen Neustrukturierung nicht um Einsparungen oder die Schwächung von Standorten. Vielmehr stelle sich die Frage, wie die Einzelbereiche für sich gestärkt werden können, damit ein starkes Gesamtpaket entsteht, das auch überregional und international sichtbar und anerkannt wird. Der VBE Rheinland-Pfalz plädiert seit Langem für die Einrichtung eines Lehrstuhls für Sonderpädagogik in Koblenz, um das Lehramt an Förderschulen im Norden wieder zu etablieren und zu stärken. Die Forderung wird durch die Neustrukturierung nun lauter denn je – wenn das Wissenschaftsministerium insbesondere die starke Lehramtsausbildung weiterhin gewährleisten will, so müssen Studierende sowohl im Süden als auch im Norden die gleichen Studienvoraussetzungen vorfinden können. Auch das Fächerangebot muss standortunabhängig und umfassend ausgebaut werden.

Nach dieser – auch seitens der Hochschulen umstrittenen – Entscheidung müssen nun auch Investitionen getätigt werden, um die Versprechen einzuhalten und dem Hochschulzukunftsprogramm gerecht werden zu können. Zukunftsfähig bleibt und wird der Wissenschaftsstandort Rheinland-Pfalz nur dann, wenn alle Universitätsstandorte mit einem starken und attraktiven Profil Studierende auch über die Landesgrenzen hinaus für sich gewinnen können.

Neben der „PfalzUni“ war auch die mögliche Einführung eines Praxissemesters während des Lehramtsstudiums Thema des gemeinsamen Austauschs. In Nordrhein-Westfalen ist diese längere Praxisphase bereits Bestandteil des Studiums, Bayern plant Ähnliches. Konrad Wolf zeigte sich skeptisch: Liege das Praxissemester am Ende des Studiums, sei es nicht mehr als ein verlängerter Vorbereitungsdienst. Der VBE Rheinland-Pfalz regt daher an, die von vielen Studierenden gewünschte Praxiserfahrung während des Bachelor-Studiums einzuführen. So gewinnen die Studierenden über einen langen Zeitraum einen Einblick in den Schulalltag und werden vor, während und nach der Praxisphase von Experten begleitet. Der VBE Rheinland-Pfalz bleibt auch hier dran – wie gewohnt mit Biss!

ele/MWWK

Abi – und dann?

BIBB-Untersuchung zu Motiven von Schulabgängern für Ausbildung oder Studium

Was bewegt Gymnasiastinnen und Gymnasiasten zur Aufnahme einer beruflichen Ausbildung? Angesichts steigender Studierendenzahlen hat das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) untersucht, welche Schüler/-innen trotz Hochschulzugangsberechtigung eher eine Ausbildung als ein Studium planen und welche Faktoren dies begünstigen. Es zeigt sich, dass neben Einflüssen des sozialen Umfelds auch der Berufsorientierungsprozess sowie Kosten-, Nutzen- und Chanceneinschätzungen der Jugendlichen von Bedeutung sind. Aus den Untersuchungsergebnissen leitet das BIBB Empfehlungen für die Berufsorientierung ab.

Die Pläne der Jugendlichen sind zunächst stark durch die Erwartungshaltung der Eltern geprägt. Nur wenige Jugendliche, die ein Studium anstreben, vermuten, dass ihre Eltern sich statt eines Studiums eine Ausbildung für sie wünschen. Die Wahrscheinlichkeit, eine Ausbildung in Betracht zu ziehen, erhöht sich indessen, wenn die Jugendlichen vermuten, dass sich auch mit einer Ausbildung ein Beruf ergreifen lässt, der vom Niveau her ähnlich oder besser ist als die von den Eltern ausgeübten Berufe. Dies führt aus Sicht der BIBB-Fachleute zu der Anregung, bei Berufsorientierungsmaßnahmen neben den individuellen Interessen und Zielen der Schüler/-innen auch die sozialen Prozesse zu verdeutlichen, unter deren Einfluss sie stehen. Wenn sie sich dessen bewusst werden, können sie dies bei ihrer Entscheidungsfindung bedenken.

Sowohl Studien- als auch Ausbildungsinteressierte erwarten von einem Studium einen hohen Nutzen. Doch nur Ausbildungsinteressierte sehen dies auch für eine Ausbildung so. Die Wahrscheinlichkeit, eine Ausbildung für sich in Betracht zu ziehen, steigt also mit der Überzeugung, damit auch attraktive Berufschancen zu haben. Eine bessere Aufklärung über die Karriereperspektiven nach Ausbildungsabschluss könnte daher aus Sicht des BIBB zu einer Attraktivitätssteigerung der Ausbildung beitragen.

Das BIBB hat in seiner aktuellen Analyse die Daten des Nationalen Bildungspanels untersucht, in dessen Rahmen 2.500 Jugendliche, meist 17 bis 18 Jahre alt und in der Abschlussklasse am Gymnasium, befragt wurden. 16 % von ihnen nennen eine Ausbildung, 84 % ein Studium als realistischen Plan für ihren weiteren Bildungsweg.

BIBB/RED

Der Weg für den Digitalpakt ist frei

Die Digitalisierung deutscher Schulen kann kommen: Der Vermittlungsausschuss von Bundesrat und Bundestag einigte sich auf Formulierungen für eine Grundgesetzänderung, die Milliardenhilfen für die Länder ermöglicht.

Schüler und Lehrer an Deutschlands 40 000 Schulen können auf neuere Computer, besseres Internet und digitale Lehrmethoden hoffen. Bund und Länder haben sich auf die dafür nötige Grundgesetzänderung verständigt, wie Vertreter des Vermittlungsausschusses in Berlin mitteilten. Damit ist der Weg frei für entsprechende Milliardenhilfen des Bundes für die Länder. „Wir haben es geschafft“, erklärte Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU). Der Bund kann dem Kompromiss zufolge Finanzhilfen auch für Personal in den Schulen zur Verfügung stellen, wenn es um besondere, befristete Ausgaben geht – etwa den Einsatz von Systemadministratoren. Wie die Geräte nach der digitalen Aufrüstung langfristig gewartet werden, war einer der zentralen Kritikpunkte an dem Vorhaben. Außerdem rückt der Bund von seiner früheren Forderung ab, bei Bundeszuschüssen den Ländern ergänzende Zahlungen in gleicher Höhe vorzuschreiben. Stattdessen soll die Finanzierungsquote zwischen Bund und Ländern für jedes Projekt individuell festgelegt werden.

Schließlich sieht die geplante Verfassungsänderung vor, dass für Investitionen in die Bildungsinfrastruktur schwächere Kontrollrechte des Bundes als in anderen Bereichen gelten. Der Bundesrat hatte im Dezember den Vermittlungsausschuss angerufen. Die Länder hatten befürchtet, dass die vom Bundestag Ende November beschlossene Grundgesetzänderung dem Bund einen zu starken Einfluss auf die Bildungspolitik ermöglicht.

Der nun erzielte Kompromiss muss von Bundestag und Bundesrat mit Zwei-Drittel-Mehrheit gebilligt werden. SPD-Fraktionsgeschäftsführer Carsten Schneider kündigte an, bereits an diesem Donnerstag (21. Februar) wolle der Bundestag das geänderte Gesetz für die Grundgesetzänderung beschließen. Die Länderkammer dürfe bei ihrer nächsten Sitzung am 15. März darüber entscheiden.

CDU, CSU und SPD hatten in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, dass der Bund für eine starke Digital-Infrastruktur an allen Schulen fünf Milliarden Euro in fünf Jahren zur Verfügung stellt, davon 3,5 Milliarden Euro in dieser Legislaturperiode.

Tagesschau/RED

Arbeitsplatz Grundschule

Status quo und Perspektiven

für den Beruf von Grundschullehrerinnen und -lehrern

Am 29. Januar 2019 nahm der VBE Rheinland-Pfalz die Arbeitsbedingungen an Grundschulen erneut zum Anlass für die traditionelle Pressekonferenz zum Ende des ersten Schulhalbjahres. Die Resonanz in Presse und Politik war groß und wie zu erwarten verteidigte Bildungsministerin Stefanie Hubig abermals vehement die Unterrichtsversorgung von 100, 3 % an Grundschulen. Erstmals erreichte die Landesregierung damit ihr im Koalitionsvertrag festgeschriebenes Ziel einer 100-prozentigen Versorgung an Schulen. Der VBE Rheinland-Pfalz zeigte mit einer landesweit durchgeführten Stichprobe auf, dass im Schulalltag aber bis zu 10 % der Stunden nicht wie geplant stattfinden.

Status quo – wie ist die aktuelle Situation an Grundschulen?

Frau Blume ist eine junge Grundschullehrerin, die eine Zusage an einer Grundschule erhalten hat. Sie ist hoch motiviert, kerngesund und leistet somit ihren vollen Beitrag zu den 100,3 % struktureller Unterrichtsversorgung an rheinland-pfälzischen Grundschulen. Frau Blume übernimmt neben ihrem eigenen Unterricht die Vertretung einer erkrankten Kollegin, betreut freiwillig und ohne Stundenreduktion einen Kollegen, der für das Lehramt an Gymnasien ausgebildet wurde und sich auf seine Wechselprüfung für das Lehramt an Grundschulen vorbereitet. Sie führt regelmäßig Elterngespräche, arbeitet mit Jugend- und Sozialamt zusammen, genauso wie mit Kinderärzten, Therapeuten und Kinderpsychologen. Zudem übernimmt sie die Aufgabe von Schulsozialarbeitern und -psychologen, sofern keine ausreichende Versorgung dieser multiprofessionellen Teams an der Schule gewährleistet oder kurzfristig verfügbar ist.

Im Unterricht selbst muss Frau Blume auf immer heterogenere Lerngruppen reagieren, denn in Grundschulen wird gemäß dem Recht auf Teilhabe jedes Kind beschult. So finden sich auch alle Förderschwerpunkte wieder, für die es jeweils spezialisierte Förderschulen gibt: Lernen, ganzheitliche Entwicklung, Sprache, motorische Entwicklung, Sehen und Hören. Ein Förderschwerpunkt, auf den nur an privaten Förderschulen eingegangen werden kann, ist die sozial-emotionale Entwicklung, die eine besondere Herausforderung darstellt.

Neben Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf haben auch die anderen Kinder einen Anspruch auf Förder- und Fordermaßnahmen im Rahmen eines differenzierten Unterrichts. Kinder mit Migrationserfahrung benötigen häufig Sprachförderung. Frau Blume meistert täglich den Spagat im Unterrichten von allen Kindern – von Kindern mit Beeinträchtigungen bis hin zu hochbegabten Schülerinnen und Schülern.

All diese Aufgaben sind in den vergangenen Jahren nicht nur mehr geworden, sondern müssen aufgrund des Fachkräftemangels ebenfalls zum größten Teil von Frau Blume gestemmt werden – ohne dass sie bisher Zeit für ihre eigene Fortbildung gefunden hat.

Unterstützung erhält Frau Blume von ihrem Schulleiter Herrn Strauß. Aber auch Herr Strauß sieht sich mit einer Mehrfachbelastung konfrontiert:

Herr Strauß ist ebenso wie Frau Blume dem Bildungs- und Erziehungsauftrag verpflichtet und hat eine eigene Klassenleitung inne. Neben dem Unterricht, der Arbeit mit den Kindern und ihren Eltern muss er einer Vielzahl von Verwaltungsaufgaben nachkommen, die leider auch nicht alle von seiner Sekretärin übernommen werden können – denn sie ist nur an einem Tag der Woche in der Schule. Für die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) gilt es, einiges an Bürokratie zu erledigen: Statistiken führen, Stellungnahmen verfassen, Stellenbesetzungen organisieren, eventuelle Konflikte gemeinsam bearbeiten, Besprechungen beiwohnen u. v. m.

Er arbeitet wie seine Kollegin auch mit außerschulischen Akteuren zusammen und muss darüber hinaus die Zusammenarbeit und Kommunikation verwalten und organisieren. Jugend- und Sozialamt, Förder- und Beratungszentren und der Schulträger stellen ihre Ansprüche, leisten im Gegenzug auch Unterstützung – hier wünscht sich Herr Strauß weniger bürokratischen Aufwand und besonders im Interesse der Kinder eine schnellere Handhabe in herausfordernden Situationen.

Frau Blume und Herr Strauß ist eines gemein: Sie sind multifunktionale Wunderwesen, die vielen Ansprüchen gerecht werden wollen – denen der Politik, der Gesellschaft, der Eltern, der Kinder – und nicht zuletzt ihren eigenen.

Unter diesen Bedingungen und steigenden Anforderungen ist es nicht verwunderlich, dass Zufriedenheit und Gesundheit über kurz oder lang leiden. Der bereits vorherrschende und in absehbarer Zeit weiter steigende Lehrkräftemangel – insbesondere an Grundschulen – tut sein Übriges und führt in der Konsequenz zu Überlastung und Ausfällen.

Überlastung bei Unterbezahlung

So wie Frau Blume und Herrn Strauß geht es vielen Kolleginnen und Kollegen in Rheinland-Pfalz. Das zeigen VBE-eigene Umfragen genauso wie Überlastungsanzeigen von Schulen, die im Bildungsministerium und bei der ADD aufschlagen. In den letzten Jahren steigt die Zahl der Überlastungsanzeigen an Grundschulen. Trotz oder gerade wegen ihres enormen Engagements stoßen immer mehr Kolleginnen und Kollegen an ihre physischen und psychischen Belastungsgrenzen, einhergehend mit einer Hilflosigkeit, in der sich die Lehrerinnen und Lehrer zunehmend sehen.

Sie befürchten, Kinder nicht mehr angemessen unterrichten und fördern zu können, weil das Arbeitsaufkommen stetig steigt. Seit der VBE-eigenen Grundschulbefragung von 2015/16 hat sich an dieser Situation nichts geändert – schon damals gaben 75,2 % der befragten Schulen an, keinen ausreichenden Förderunterricht anbieten zu können, um alle Kinder da abzuholen, wo sie stehen.

Nicht wenige empfinden ihren Beruf mittlerweile als sehr belastend. Es wundert daher nicht, dass auch jüngere Lehrkräfte langfristig erkranken – ist ihr Berufsalltag doch nicht selten geprägt durch eine Zunahme der steigenden Arbeitsbelastung durch die Übernahme vieler zusätzlicher Aufgaben sowie die mangelnde Personalausstattung und die organisatorischen Verdichtungen und Belastungen durch zeitweises Mitführen einer anderen Klasse und Unterstützung und Anleitung der vielen AQ-Kräfte im Grundschulbereich.

Unterrichtsversorgung – graue Theorie und rabenschwarze Realität

Wie in jedem Jahr stellte Bildungsministerin Stefanie Hubig im Dezember 2018 die Schulstatistik für allgemeinbildende Schulen vor. Ein vermeintliches Weihnachtsgeschenk erhielten die Grundschulen, die zum ersten Mal in der aktuellen Legislatur die 100-Prozent-Marke überschritten haben: Die Unterrichtsversorgung erreicht an dieser Schulform einen Bestwert, das Verhältnis von Soll-Wert (Planungswert für Unterricht, Arbeitsgemeinschaften, Förderangebote und Differenzierung) und Ist-Wert (tatsächliche Stundenzuweisungen) lag im Schuljahr 2018/19 bei 100,3 %.

Dieser Wert wird schnell unterschritten, wenn die Realität Einzug in den Grundschulen hält: Stichproben des VBE Rheinland-Pfalz haben ergeben, dass in Einzelfällen bis zu zwei Wochen Unterricht zwischen Schuljahresbeginn und Weihnachtsferien nicht in der geplanten Form stattgefunden haben. Unterrichtsausfall, Klassenaufteilungen oder -zusammenlegungen, Auflösung von Doppelbesetzungen oder auch kurzfristige Vertretungen durch Förderschullehrkräfte und Pädagogische Fachkräfte, die eigentlich für die Betreuung von förderbedürftigen Kindern Arbeit am Kind leisten sollten, senken die Unterrichtsquantität und -qualität. Unter der personellen Unterversorgung leiden nicht nur die Lehrerinnen und Lehrer, sondern – und vor allem – die Kinder und deren Bildung.

Ausgewählte Beispiele der VBE-Stichprobe

Schulen mit weniger als 200 Lehrerwochenstunden (‹ 2-zügig)

	Differenz Soll – Ist	Entspricht einem Ausfall von (Zeitraum August – Dezember)
Schule A	– 5,9 %	etwa einer halben Woche
Schule B	– 8,8 %	mehr als einer Woche
Schule C	– 10,6 %	anderthalb Wochen

Schulen mit 200 bis 500 Lehrerwochenstunden (2 bis 5-zügig)

	Differenz Soll – Ist	Entspricht einem Ausfall von (Zeitraum August – Dezember)
Schule D	– 6,9 %	einer Woche
Schule E	– 6,25 %	mehr als einer halben Woche
Schule F	– 8,8 %	anderthalb Wochen
Schule G	– 5,3 %	etwa einer Woche

Schulen mit mehr als 500 Lehrerwochenstunden (› 5-zügig)

	Differenz Soll – Ist	Entspricht einem Ausfall von (Zeitraum August – Dezember)
Schule H	– 8,7 %	knapp zwei Wochen
Schule I	– 8,8 %	mehr als anderthalb Wochen
Schule K	– 3,9 %	knapp einer Woche

Gründe für den Unterrichtsausfall:

- Kompensation von kurzfristigen Ausfällen in kleinen Systemen schwierig
- Klassenzusammenlegungen in Nebenfächern auch klassenstufenübergreifend
- Freiwillige, unbezahlte Mehrarbeit
- Hohe Fluktuation von Lehrkräften
- PES-Budget zu gering
- Zunehmende Heterogenität der Schülerschaft
- Einsatz von AQs nur kurzfristig – engmaschige Betreuung notwendig; häufiger Wechsel bringt Unruhe in den Unterricht
- Ausfall wird oft von Förderschullehrkräften oder Pädagogischen Fachkräften kompensiert
- Feuerwehrlehrkraft erst nach 1–2 Wochen verfügbar, in Einzelfällen selbst erkrankt; teilweise gar nicht verfügbar
- Auflösung von Doppelsetzungen
- Sprachförderbedarf kann nicht aufgefangen werden

Maßnahmen der Politik – welche greifen, welche müssen optimiert werden?

Unterrichtsversorgung und Vertretungskonzepte

Das Bildungsministerium stellt bereits verschiedene Maßnahmen zur Verfügung, die die Unterrichtsversorgung sicherstellen sollen:

Feuerwehrlehrkräfte

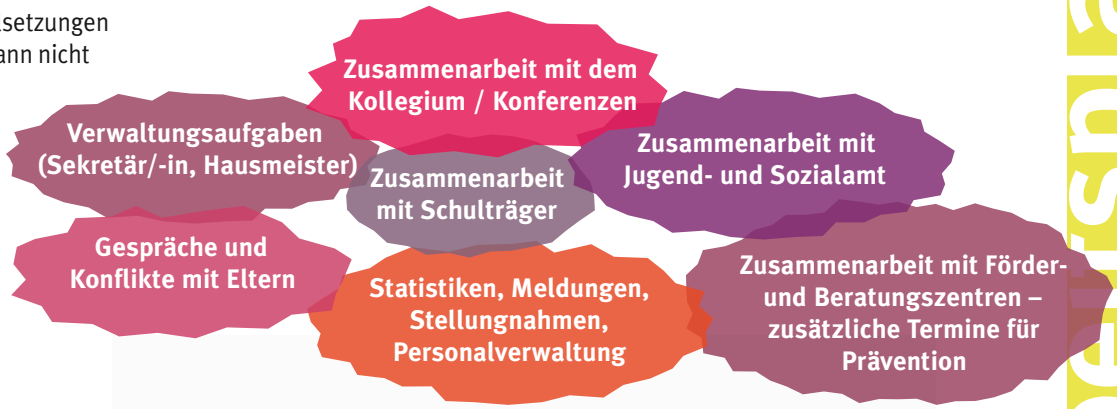
Feuerwehrlehrkräfte (FWLK) sind für den kurzfristigen Einsatz an Schulen vorgesehen. Da der Einsatz wohnortnah für die jeweilige Lehrkraft erfolgt, sind einige Regionen im Land nicht mit FWLK ausgestattet. In der Praxis sind die meisten FWLK bereits an Schulen festgesetzt, wenn deren Einsatz an einer anderen Schule benötigt würde.

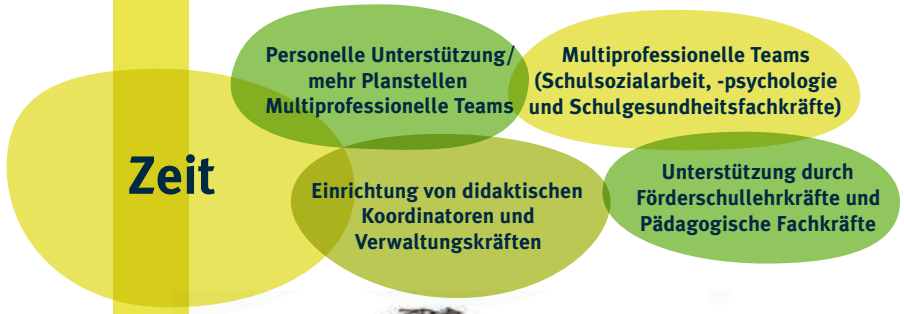
Planstellen aus dem Vertretungspool

Die Belastung für Lehrkräfte aus dem Vertretungspool ist hoch – sie leisten gute Arbeit, können aber von den Schulen nicht fest eingeplant werden, da sie nach max. einem Halbjahr wechseln müssen. Flexibilität, Planungssicherheit und Beständigkeit sind nicht vorgesehen.

PES (Personalmanagement im Rahmen Erweiterter Selbstständigkeit von Schulen)

Das zugewiesene Budget reicht nicht immer für eine komplette Kompensation aus. Das größere Problem sind die Qualifikationen von PES-Kräften: Auch hier schlägt sich der Lehrkräftemangel nieder, denn über PES wird alles eingestellt, was der Markt noch hergibt. Studierende, teilweise noch ohne Bachelor-Abschluss, Lehrkräfte mit 1. Staatsexamen auch für andere Schularten, Quer- und Seiteneinsteiger – sogenannte AQs (anders Qualifizierte).





Problematisch ist der Einsatz von schulartfremden Lehrkräften, die keine Kenntnisse der Grundschulpädagogik haben. Der fachdidaktische Anspruch ist gerade im Grundschulbereich besonders hoch und ein anderer als in weiterführenden Schulen. Eine engmaschige Betreuung und Unterstützung erfahrener Kolleginnen und Kollegen ist erforderlich und erfolgt meist aufgrund freiwilliger Mehrarbeit ohne Entlastungsstunden.

Unterrichtsqualität

Maßnahmenpakete

Stichprobenartige, qualitative Befragungen von Schulleitungen haben ergeben, dass auch Maßnahmenpakete zur Verbesserung der Unterrichtsqualität nicht den von der Politik gewünschten Effekt haben. BISS-Lesen, Mathe macht stark, Ohrenspitzer plus, Aufgabenpools für Mathematik und Deutsch, Qualitätsoffensive DaZ und die Einführung eines verbindlichen Grundwortschaftes für alle Grundschulen sollen Lehrkräfte wie Kinder unterstützen.

Unsere befragten Kolleginnen und Kollegen an den Grundschulen fordern aber keine Maßnahmenpakete, sondern mehr Personal – Unterstützung von originär ausgebildeten Grundschullehrkräften sowie durch multiprofessionelle Teams, die unbürokratisch und schnell verfügbar sind.

Multiprofessionelle Teams

Infolge der schlechten Ergebnisse der IQB-Studie von 2016 wurden durch das Bildungsministerium vier Arbeitsgruppen eingerichtet:

- Unterrichtsversorgung und Vertretungskonzepte
- Soziale Benachteiligung und Zusammenarbeit Eltern und Schule
- Schulische Übergänge
- Lehrkräftebildung

Einig waren sich die Arbeitsgruppen in der Einrichtung bzw. dem Ausbau von multiprofessionellen Teams an Grundschulen. Befragungen zeigen, dass bereits gute Arbeit geleistet wird – Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter aber nur in geringem Umfang zur Verfügung stehen und die Wartezeiten der schulpsychologischen Beratungsstellen zu lang für akute Fälle sind.

Perspektiven

Personalverstärkung – Kinder brauchen Lehrkräfte und keine Arbeitsblätter

Der VBE Rheinland-Pfalz fordert mit Nachdruck Personalverstärkung an Grundschulen. Was die Kinder brauchen, sind ausgebildete Lehrkräfte und Pädagoginngen und Pädagogen, die sie gemäß § 1 (3) der Schulordnung für die öffentlichen Grundschulen vom jeweiligen Entwicklungsstand ausgehend fördern und fordern. Dies bedarf keiner Arbeitsblätter oder vorgefertigter Unterrichtskonzepte – allein die Versorgung mit ausgebildeten Fachkräften würde ausreichen. Um eine adäquate Versorgung zu gewährleisten, müssen Reserven geschaffen werden, um Krankheitsfälle, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen des Kollegiums, Elternzeit, Abordnungen u. Ä. abdecken zu können. Dafür braucht es eine Aufstockung der Planstellen, die es unmittelbar zu besetzen gilt – ohne vorherige Anstellung als Feuerwehrlehrkräfte oder über den Vertretungspool.

Eine Reserve von Vertretungsstunden sollte allein aufgrund der besonderen Situation an Grundschulen eingerichtet werden: Etwa 90 % aller Lehrkräfte sind weiblich – über 50 % der Lehrerinnen sind unter 44 Jahren, haben selbst kleine Kinder oder planen in absehbarer Zeit eine Familie. Ausfälle sind aufgrund von Schwangerschaften, Beschäftigungsverboten und Elternzeit beinahe schon kalkulierbar. Auch wenn die Kolleginnen selbst nicht betroffen sind, müssen sich viele im Krankheitsfall der eigenen Kinder vertreten lassen.

Eine ähnliche Verteilung lässt sich auch bei den Lehrern feststellen, die zugunsten der Elternzeit ebenfalls für einen längeren Zeitraum ausfallen können.

Einstiegsgehälter von Grundschullehrerinnen und -lehrern – Rheinland-Pfalz abgehängt

Im Kampf um gut ausgebildete Grundschullehrerinnen und -lehrer ergreifen immer mehr Bundesländer die Maßnahme, das Einstiegsgehalt anzuheben und so attraktive Rahmenbedingungen zu schaffen. Das Grundschullehramt ist das einzige, das noch nach A 12 besoldet wird. Eine Anhebung auf A 13 ist längst überfällig, nicht nur um eine Besoldungsgerechtigkeit unter den Lehrämtern herzustellen, sondern auch um konkurrenzfähig zu bleiben und einer Abwanderung von Lehrkräften in andere Bundesländer entgegenzuwirken.

Grundschulen in Rheinland-Pfalz zwischen Anspruch und Realität

Grundschulen leisten eine elementare Arbeit: Sie legen den Grundstein für die Bildung unserer Kinder in den ersten vier Jahren ihrer Schullaufbahn. Jedes Kind geht nur einmal zur Grundschule – jede Schülerin und jeder Schüler hat nicht nur das Recht auf Bildung, sondern auf eine gute, qualitativ hochwertige Bildung.

Einstiegsgehalt für Grundschullehrer

Land	Einstiegs-gehalt	Änderung Einstiegsbesoldung/ Eingruppierung geplant?
Baden-Württemberg	A 12 / EG 11	Nein
Bayern	A 12 / EG 11	Stufe 3 entfällt bei den Beamten
Berlin	A 12 / EG 13	Überleitung von A 12 nach A 13 ab 01.08.19 bei Absolvierung ausreichender Fortbildungsstunden
Brandenburg	A 13 / EG 13	Seit 1. Januar 2019
Bremen	A 12 / EG 11	Nein
Hamburg	A 12 / EG 11	Wird diskutiert
Hessen	A 12 / EG 11	
Mecklenburg-Vorpommern	A 12 / EG 11	Nein
Niedersachsen	A 12 / EG 11	Anhebung auf A 13 wird diskutiert
NRW	A 12 / EG 11	Wird diskutiert
Rheinland-Pfalz	A 12 / EG 11	Nein
Saarland	A 12 / EG 11	Nein
Sachsen	A 13 / EG 13	Seit 1. Januar 2019
Sachsen-Anhalt	A 12 / EG 11	Nein
Schleswig-Holstein	A 12 / EG 11	schrittweise bis 2026
Thüringen	A 12 / EG 11	Eventuell geplant – Landtagswahl Oktober 2019

Quelle: VBE Bund, Stand 19.02.2019. Bitte beachten Sie, dass aus der Darstellung kein Rechtsanspruch abgeleitet werden kann.

Unter den aktuellen Arbeitsbedingungen von Grundschullehrkräften und -schulleitungen, die von Überlastung und Unterbezahlung geprägt sind, ist eine Bildung mit bester Qualität kaum mehr möglich. Die Kolleginnen und Kollegen an den Grundschulen geben ihr Bestes – es geht ihnen schließlich um das Wohl der Kinder – sie kommen dabei aber immer schneller an persönliche Grenzen.

Die personelle Mangelversorgung führt zu Unterrichtsausfällen, Klassenaufteilungen und -zusammenlegungen – eine bestmögliche Unterrichtsqualität ist unter diesen Bedingungen nicht möglich. Zudem leisten Kolleginnen und Kollegen an Grundschulen zunehmend Sozialarbeit, fungieren als psychologische Betreuer und Koordinatoren zwischen Eltern, Kinderärzten und Therapeuten. Eine Entlastung durch multiprofessionelle Teams, ausgebildete Fachkräfte, die diese Zusatzaufgaben übernehmen, ist längst überfällig.

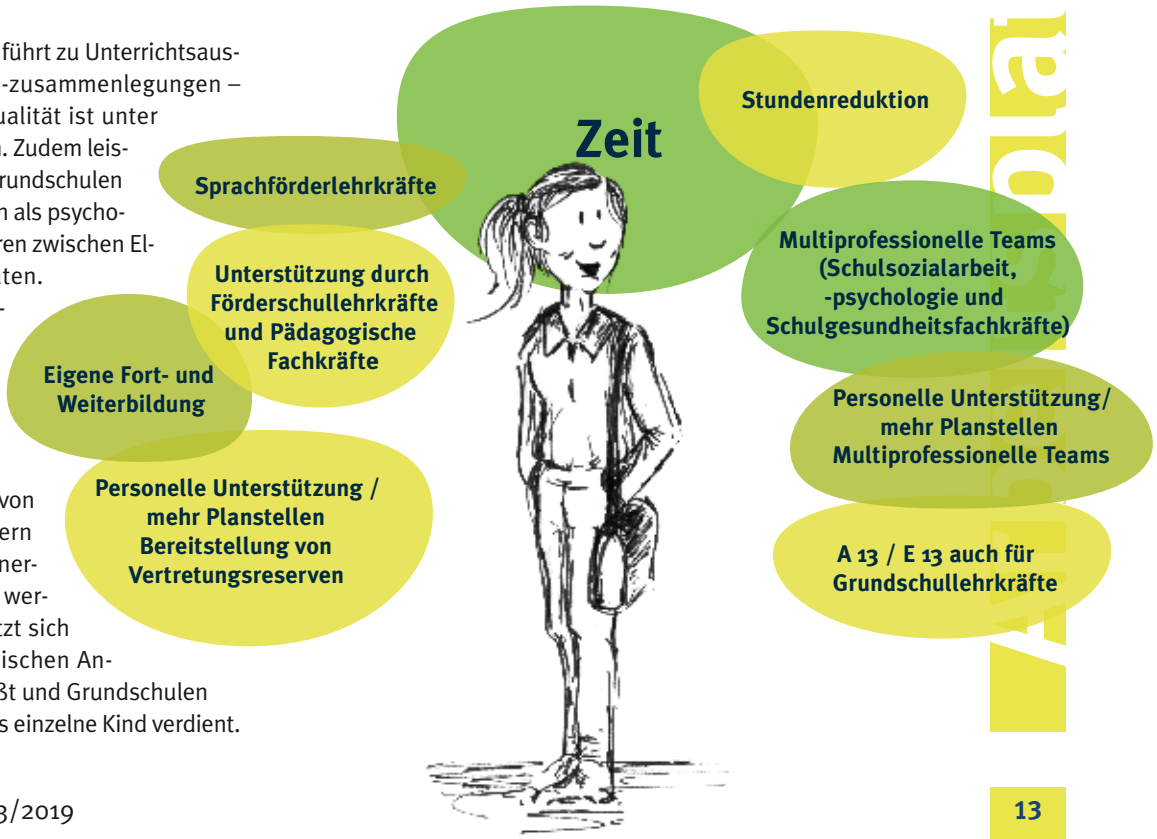
In Rheinland-Pfalz muss der Beruf von Grundschullehrerinnen und -lehrern endlich wieder gesellschaftlich anerkannt und finanziell aufgewertet werden. Der VBE Rheinland-Pfalz setzt sich dafür ein, dass sich die Kluft zwischen Anspruch und Realität wieder schließt und Grundschulen die Arbeit leisten können, die jedes einzelne Kind verdient.

Schulpolitische Grundpositionen und Forderungen des VBE Rheinland-Pfalz

- Mehr Zeit für Lehrerinnen und Lehrer
- Aufstockung der zu besetzenden Planstellen – mittelfristig: Planstellen direkt besetzen
- Verstärkung von Feuerwehrlehrkräften und Vertretungspoolstellen sowie Aufstockung des PES-Budgets als kurzfristige Notmaßnahmen – mittelfristig: Unterrichtsversorgung von 120 % sichern
- Unterstützung durch multiprofessionelle Teams (Schulsozialarbeit, Schulpsychologie, Schulgesundheitsfachkräfte)
- Aufstockung von Förderschullehrkräften und Pädagogischen Fachkräften insbesondere an Schwerpunktschulen
- Aufwertung und Anerkennung des Berufs: A 13 / E 13 auch für Grundschullehrkräfte
- Stundenreduktion für die Betreuung und Unterstützung von Lehramtswechslern und AQs – Erstellung von Tatbeständen für Entlastungsstunden
- Erhöhte Leitungszeit, Einrichtung von didaktischen Koordinatoren und Verwaltungskräften zur Unterstützung und Entlastung der Schulleitungen
- Fachdidaktische Qualifizierung von schulartfremden Lehrkräften
- Realistische Erhebung der Unterrichtsversorgung

Zur Erhebung der tatsächlichen Unterrichtsversorgung führt der VBE Rheinland-Pfalz eine über das gesamte Schuljahr angelegte Datenabfrage durch. Sollten Sie an einer Teilnahme interessiert sein, freuen wir uns über Ihre Nachricht an o.pick@vbe-rp.de oder e.engert@vbe-rp.de. Eine Teilnahme ist zu jedem Zeitpunkt möglich!

ele



Für eine gerechtere Bezahlung – Demo in Mainz zur Einkommensrunde der Länder

Rund 2000 Beschäftigte, Beamte und Pensionäre des Landes Rheinland-Pfalz haben bei einem Demonstrationszug durch Mainz mit einer anschließenden Kundgebung mehr Gehalt gefordert. Mitarbeiter verschiedener Landesbetriebe und Verwaltungen kamen am 19. Februar 2019 nach Mainz, um ihren Forderungen durch einen Warnstreik mehr Nachdruck zu verleihen. Zahlreiche Mitgliedsgewerkschaften des dbb (Deutscher Beamtenbund) – darunter auch der VBE – marschierten mit Pfeifen, Sirenen, Ratschen und einer Trommlergruppe durch die Mainzer Innenstadt. Sie machten ihrem Ärger über die stockende Tarifrunde im öffentlichen Dienst der Länder Luft.

Mit Plakaten und Transparenten wie „Fachkräfte mit gerechtem Lohn – beim TV-L ein Hohn“ oder „Wer mit Bananen zahlt, braucht sich nicht zu wundern, wenn nur Affen kommen“ wurde lautstark protestiert. Der Demostrationszug hatte sich am Mainzer Frauenlobplatz versammelt und dann auf seinem Weg bis zum zentralen Gutenbergplatz zeitweise wichtige Verkehrsachsen in der Landeshauptstadt lahmgelegt. Für den VBE Rheinland-Pfalz nahm eine große Gruppe Fahnen schwingend teil und machte lautstark ihren Unmut über die aktuelle Lehrerbezahlung publik. Stellvertretender VBE-Landesvorsitzender und Streikleiter Oliver Pick hatte die VBE-Gruppe organisiert und zeigte sich mit der Teilnahme durchaus zufrieden. Neben den streikenden angestellten Lehrern waren viele Ruheständler, aber auch Beamte, die durch die Teilnahme ihre Mehrarbeitsstunden abbauen konnten, dabei.

VBE-Landesvorsitzender Gerhard Bold führte durch die Kundgebung und stellte die Forderungen der Beschäftigten klar heraus: „Im Streit um die Einkommensrunde der Länder fordern wir für die Beschäftigten sechs Prozent mehr Geld, mindestens aber ein Plus von 200 Euro im Monat.“ Die Gegenseite wies die Forderungen bislang zurück. In Rheinland-Pfalz treffen die Verhandlungen über 170.000 Beschäftigte.

Ein weiterer Redner war Volker Geyer, stellvertretender dbb-Chef im Bund und dort für die Tarifpolitik zuständig: „Der demografische Wandel und die Digitalisierung stellen den öffentlichen Dienst vor enorme Herausforderungen. Und da brauchen wir auch in den Ländern leistungsstarkes, gut ausgebildetes und motiviertes Personal.“ Die Vorsitzende des dbb-Landesbundes Rheinland-Pfalz, Lilli Lenz, sagte auf der Kundgebung: „Das Tarifergebnis muss auf die Beamten des Landes und der Kommunen übertragen werden. Im Besoldungsvergleich der Bundesländer trägt Rheinland-Pfalz leider immer noch die rote Laterne.“ Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat in einigen Vorgesprächen bereits den Beamten und Pensionären des Landes in Aussicht gestellt, den Abschluss auch auf diese zu übertragen.

Ob sich die Anwesenden in ein paar Wochen wieder in Mainz versammeln müssen, hängt von den kommenden Verhandlungsrunden am 28. Februar und 1. März in Potsdam ab.

dpa/RED

NEUE MEDIEN: PLICKERS IM UNTERRICHT

Was ist das?

Alles fing mit einem Artikel auf www.spiegel.de zum digitalen Klassenzimmer an. Als Überschrift las ich: „Warum Estlands Schüler den deutschen weit voraus sind“. Also begab ich mich auf die Suche nach den sogenannten Plickers-Karten. Im Internet wurde ich natürlich schnell fündig. Ich war total begeistert von der Methode. Deshalb möchte ich euch diese neuartige Diagnose- und Feedbackmethode vorstellen. Das Tolle daran ist, dass für die App keinerlei Kosten anfallen, die Karten schnell ausgedruckt sind und das Quiz sehr einfach erstellt werden kann.

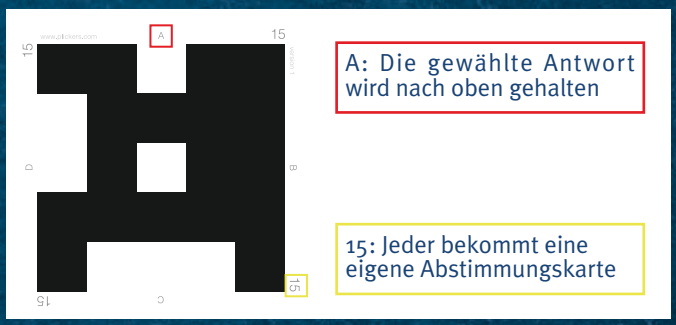
Was wird benötigt?

- Plickers-Karten (auch zum Selbstausdrucken)
- Smartboard oder Beamer und Computer mit Internetzugang
- Plickers-App auf einem Tablet oder Smartphone

Wie geht es weiter?

Danach registriert man sich auf der Homepage www.plickers.com. Im Menü kann man unter „New Class“ ganz einfach und schnell eine neue Lerngruppe oder Klasse anlegen. Jetzt solltet ihr in der „Library“ zu einem Thema eurer Wahl ein kleines Quiz für die Schülerinnen und Schüler erstellen. Dabei könnt ihr wählen, ob ihr Fragen mit vier Antwortmöglichkeiten oder nur Richtig-falsch-Fragen stellt. Fragen eintippen und richtige Antwort markieren. Fertig! Jetzt nur noch schnell die Karten ausdrucken und die App kostenlos für Android oder iOS herunterladen, dann kann es auch schon losgehen.

Über das Smartboard ruft ihr die Website www.plickers.com auf und gebt eure Anmeldedaten ein. Auf dem Tablet oder Smartphone startet ihr die App. Die Fragen werden nun auf dem Board angezeigt und die Schülerinnen und Schüler halten ihre Plickers-Karten mit der richtigen Seite nach oben. Ihr scannt mit eurem Device die Antworten und schon sieht man, wer richtig oder falsch geantwortet hat und ob alle Karten erfasst wurden. Die Auswertung erscheint und wird sofort als Grafik dargestellt.



Hier ein kleines Beispiel

Welche Vorteile bietet Plickers?

- Für die Schülerinnen und Schüler ist die Methode der Wissensabfrage höchst motivierend.
- Sie können gleichzeitig die Korrektheit ihrer Antwort sowie die Auswertung der Abfrage verfolgen.
- Es besteht die Möglichkeit einer anonymen Befragung.
- Diese Art der Befragung erspart viel Korrekturzeit, da die Auswertung unmittelbar und durch die Software erfolgt.

Für welche Aktivitäten kann ich Plickers nutzen?

Die Schülerinnen und Schüler geben Feedback zum Unterrichtsverlauf, Lerninhalt oder über eine Diskussionsfrage:

- Abstimmung
- Diagnose
- Rückmeldung zum Unterricht
- Lernzielkontrolle
- Meinungsbild

Hinter dem QR-Code verbirgt sich noch ein gutes Erklärvideo von teach&travel. Und nun wünsche ich euch viel Spaß beim Ausprobieren. Ich würde mich über Feedback von euch freuen.

Zum Spiegel-online-Artikel: ogy.de/iyy6

Markus Marhöfer
m.marhoefer@vbe-rp.de

@jungervberlp

@junger_vbe_rlp

Realschule plus – was einem zu sagen unter den Nägeln brennt …

Frank Handstein

Im vergangenen Dezember veröffentlichte der Landeselternbeirat (LEB) auf seiner Website eine harsche Kritik an der Realschule plus zu deren zehnjährigem Bestehen: „Zehn Jahre Realschule plus noch immer mangelhaft“, titelte der LEB und beabsichtigte damit wohl, der Landesregierung und dem verantwortlichen Ministerium eine schallende Ohrfeige zu verabreichen.

Doch diese Attacke führte auch zu ungewolltem Aufsehen, denn aus der Absicht, klare Kante zu zeigen, wurde die Absenz jeglichen Gefühls von Diplomatie. Viele Kolleginnen und Kollegen, die an Realschulen plus tätig sind und völlig zu Recht der Auffassung sind, dass ihre Arbeit auch durchdacht, pädagogisch stimmig und durchaus erfolgreich ist, fühlten sich von dem Vorstoß des LEB links liegen gelassen. Dies ist auch nicht weiter verwunderlich, denn der Text enthält viel Sprengstoff und ist teilweise unglücklich und missverständlich formuliert.

Zusätzlich schwierig ist dann auch der Zeitpunkt, zu dem der Trierische Volksfreund (TV) die Kritik des LEB aufgreift: Zwei Wochen vor der Anmeldephase für das kommende Schuljahr 2019/20 erscheinen am 21. Januar 2019 mehrere Artikel zum Thema. Hiermit und durch die unkritische Übernahme der Inhalte aus der Pressemitteilung des LEB erweist der Artikel des TV – sei das nun gewollt oder ungewollt – der Realschule plus und allen an und für Realschulen plus Arbeitenden und Lernenden einen Bärendienst.

Zum Dynamit des E-Pamphlets gehört natürlich auch schon der Titel, der mit dem ausgesprochenen „mangelhaft“ keine Differenzierungen zulässt. Dieses Urteil auf die Gesamtheit der Realschulen plus und die dort Unterrichtenden sowie jegliche Struktur dieser Schulart zu beziehen, ist sicherlich mit nichts zu rechtfertigen. Es verkennt die sowohl fachlich als auch pädagogisch gute Arbeit der Kolleginnen und Kollegen an Realschulen plus, die messbaren Erfolge dieser Schulart, die sich in Abschlüssen und der Vermittlung von Schülerinnen und Schülern an weiterführende Schulen und in Ausbildungen niederschlagen, aber auch jedes gute Ergebnis der Zusammenarbeit der übergeordneten Personalräte mit dem Ministerium. Das kann eigentlich nicht die Absicht des LEB sein.

Etwas pathetisch betrauert der LEB das Aus für die „bis dahin sehr geschätzte“ Realschule und fordert „eine Rückkehr zu diesen für Schüler und Eltern besseren ehemaligen Strukturen“. „Was sonst als die Rückkehr zum althergebrachten dreigliedrigen System kann hier gemeint sein?“, fragt sich der Leser. Doch genau das wollen der Landesvorsitzende des LEB, Dr. Thorsten Ralle, und seine Kollegen Reiner Schladweiler und Markus Maier, der selbst eine Realschule plus in Zweibrücken leitet, nach eigenen Aussagen eben nicht. Dennoch tragen sie vor, die Eltern seien „aufgebracht und erbost“ und „fühlten sich getäuscht und im Stich gelassen“, was aber, wie die Elternbeiräte übereinstimmend in eigens geführten Gesprächen mit der RpS sagten, eher eine Anklage sei, die an die Adresse des Ministeriums gehe, nicht an die Schulen oder die Kollegien.

Ein besonderes Anliegen der Autoren ist es offensichtlich, die von ihnen wahrgenommene Auswirkung der Realschule plus auf die Gymnasien herauszustellen. Diese klagten „über einen Anstieg an Schülerinnen und Schülern, die für die Gymnasien eigentlich nicht leistungsstark genug“ seien. Der Realschule plus fehle es an Akzeptanz. Dies habe „zwangsweise Schulwechsel nach falscher Schulwahl“ zur Folge. Als betroffene Lehrkraft steht man also etwas hilflos und – zugegebenermaßen – angesäuert vor so viel Ablehnung, wie sie die Onlinekritik des LEB ausstrahlt.

Die Reaktion der tatsächlich betroffenen Elternvertreter auf den Artikel des TV ließ nicht lange auf sich warten und entlud sich in Leserbriefen (TV vom 2. Februar 2019) der Schulelternbeiräte der Realschulen plus in Traben-Trarbach, Bernkastel-Kues und Thalfang. Diese stellten klar, dass LEB und der Artikel des TV „nicht unsere Meinung wiedergeben“. Für den Rückgang der Schülerzahlen, von dem alle Schularten gleichermaßen betroffen seien, machten die Realschuleltern den demografischen Wandel verantwortlich, der zu einem Wettstreit um die Schülerinnen und Schüler führe. Den Landeselternbeirat beschuldigten die SEB-Vertreter, „sich an diesem Wettstreit [zu] beteiligen und ihre Position dazu [auszunutzen], ihre Schulform besser dastehen zu lassen, anstatt sich um Probleme zu kümmern, die alle Schularten gleich treffen“. Den Kollegien attestierten sie, einen „super Job gemacht“ und „aus dem ‚Nichts‘ eine tolle Schulform geschaffen“ zu haben, was sich mittels der „vielen guten Gesellenbriefe und Examina beweisen“ lasse.

Vertreten fühlten sich die Eltern dieser Schulen vom LEB erkennbar nicht. „Wen vertritt der Landeselternbeirat eigentlich? Die Eltern der Realschule plus ganz bestimmt nicht.“ Man könne diese Fundamentalkritik an der Realschule plus nicht nachvollziehen, machte Rolf Brück, Vorsitzender des Schulelternbeirats der Erbeskopf-Realschule plus Thalfang, seinem Ärger über den Vorstoß des LEB in seinem Leserbrief Luft.

Auch Petra Müller, Elternvertreterin der Realschulen plus im Landeselternbeirat, findet sich in der Positionierung ihres Gremiums, die sie selbst und ihre Mitelternvertreter der Realschule plus weder verfasst noch unterschrieben haben, nicht vollends wieder. Zur harschen Kritik ihrer Mitstreiter aus dem LEB an der Realschule plus sagt sie, nicht die Realschule plus sei mangelhaft, sondern allenfalls die Unterstützung der Landesregierung für diese Schulart verdiene dieses Urteil. „Eigentlich brauchte man flächendeckend Doppelsteckungen, um effektiv fordern und fördern zu können“, ist Müller überzeugt. Multiprofessionelle Teams aus Schulsozialarbeitern, Schulpsychologen und Förderschullehrkräften wären eine wichtige Rückendeckung für die dort lehrenden Regelschullehrkräfte. Letztere sieht sie jedoch trotz immer häufigerer Überlastung auf einem professionell guten Weg.

Trotz fehlenden rhetorischen Geschicks und einer gewissen Zweideutigkeit des Textes hat die Kritik des LEB also auch einen stichhaltigen Kern, der sich schwer von der Hand weisen lässt. Konfrontiert mit ihrer Onlineschelte der Realschule plus rudern auch die Autoren selbst wieder ein Stück zurück und kommen auf diesen Kern zu sprechen. Alle drei Elternvertreter sprachen den Lehrkräften und Schulleitungen an Realschulen plus in Einzelgesprächen ein gutes Zeugnis aus und schoben den Schwarzen Peter in Richtung der Landesregierung.

Den Zeitpunkt der Veröffentlichung der LEB-Pressemitteilung bzw. das Aufgreifen derselben hält Reiner Schladweiler für unglücklich, versichert jedoch, dass es nicht die Absicht des LEB gewesen sei, die Schülerströme zu lenken. Thorsten Ralle bestätigt diese Darstellung gegenüber der RpS. Man wolle die Realschulen plus sicher nicht schlechtreden, aber eben auch nichts beschönigen. Personalisierung und bedarfsgerechte Bildungsinvestitionen seien ein Muss. Es gehe schließlich nicht nur um die Zukunft unserer Kinder, sondern auch um die der Gesellschaft als Ganzes. Dem Missverständnis, der LEB befürworte eventuell die Rückkehr zum dreigliedrigen System, erteilte der LEB-Vorsitzende eine entschiedene Absage.

Neben der Missverständlichkeit einiger Passagen der Pressemitteilung hatte diese einen weiteren anrüchigen Nebeneffekt. Die Landtagsfraktion der AfD beantragte eine aktuelle Stunde zur Realschule plus und zitierte die kritischsten Passagen der Pressemitteilung des LEB. Ein solcher parteipolitischer Vorstoß sei keine Hilfe, sagte hierzu Markus Meier vom LEB, doch das Ministerium müsse auf solche Vorstöße antworten. Auch der Landesvorsitzende versicherte, der LEB sei politisch neutral. Reiner Schladweiler verweist darauf, dass Michael Frisch, der nicht nur selbst Berufsschullehrer, sondern eben auch Abgeordneter ist, doch entsprechende realpolitische Vorschläge machen solle. Sollte es zu einem Gespräch des LEB mit bildungspolitischen Vertretern der AfD kommen, so werde man dieser Partei gegenüber Tacheles reden. Deutlich wurde auch die Vertreterin der Realschulen plus, Petra Müller. Es gehe ihr nicht gut bei dem Gedanken, dass ausgerechnet die AfD die Pressemeldung des LEB für eine aktuelle Stunde nutzte. „Die AfD sollte dies nicht missbrauchen“, so Müller. Das sei propagandistisch.

Fazit: Trotz der Klärung werden bei vielen Lehrkräften vielleicht gemischte Gefühle zur Pressemitteilung des LEB und dem zumindest missglückten Presseecho des TV darauf zurückbleiben. Rhetorisch, journalistisch und faktisch war sicherlich keiner der beiden Artikel ein großer Wurf. Beide stifteten Unruhe und haben das Potenzial, Eltern bei ihrer Schulwahl zu verunsichern, selbst wenn der LEB dies nicht beabsichtigte. Das „dankbare“ Aufgreifen der Thematik durch die AfD ist ein zusätzlicher Stein im Schuh und zeigt dazu noch beeindruckend, wie vorsichtig man heutzutage als in der Öffentlichkeit stehendes Gremium seine Worte wählen muss, damit sie einem nicht im Munde herumgedreht werden.

Dennoch weist der LEB nicht zu Unrecht auf bestehende Missstände hin, die nicht kleingeredet werden dürfen. Die Personalisierung der Realschulen plus, speziell der Schwerpunktschulen, gehört bereits vorgestern auf den Prüfstand und muss dringend nachgebessert werden. Die steigende Zahl förderbedürftiger Schülerinnen und Schüler sowie der bereits sehr hohe Anteil der sozial-emotional beeinträchtigten Kinder an den Realschulen plus nehmen die politisch Verantwortlichen in die Pflicht, entsprechend zu reagieren – beispielsweise durch die Installation multiprofessioneller Teams an den Schulen, wie es der LEB fordert. Und ja, das wird Geld kosten, das sicherlich nirgendwo besser investiert ist als in Bildung.

Den Lehrkräften und Schulleitungen an Realschulen plus streckt der Landesvorsitzende des LEB indes versöhnlich die Hand entgegen: „Lassen Sie uns partnerschaftlich und auf Augenhöhe den Schulterschluss zwischen Schule und Eltern suchen und gemeinsame Ziele formulieren. Verbesserungen können wir nur miteinander und nie gegeneinander erreichen.“

Frank Handstein
VBE-Fachreferent für den Sekundarbereich

Die Artikel des TV als Download: ogy.de/qg6j

Kleiner Leitfaden für neu gewählte Personalratsmitglieder

„Aller Anfang ist (nicht) schwer!“ (Teil 18)

Nach den Personalratswahlen gibt es – vor allem für neu gewählte Personalräte – viele Fragen. Hier werden in loser Reihenfolge wichtige Begriffe aus dem Landespersonalvertretungsgesetz (LPersVG) erläutert.

Formen/Durchführung der Mitbestimmung und Mitwirkung, Verfahren bei einer Personalmaßnahme: Es gibt Personalmaßnahmen, bei denen der Örtliche Personalrat (ÖPR) **selbst** das Mitbestimmungsrecht ausübt. Im Folgenden dazu einige Beispiele:

Genehmigung einer Nebentätigkeit

Neben seiner Lehrtätigkeit kann der/die Beamte/Beamtin oder der/die Angestellte eine weitere Tätigkeit in einem gewissen zeitlichen Umfang (maximal 1/5 der regelmäßigen Arbeitszeit) und begrenzt auf einen maximalen Verdienst ausüben, wenn sie bei der Schulleitung beantragt und von ihr genehmigt worden ist. Hier muss geprüft werden, dass die Arbeitskraft für den „eigentlichen“ Beruf erhalten wird und die Nebentätigkeit keinen zu großen Raum einnimmt. Alle Modalitäten sind in der Nebentätigkeitsverordnung festgelegt und geregelt. Der ÖPR erhält alle erforderlichen Unterlagen zur Information durch die Schulleitung, um sich für sein Votum einen Überblick verschaffen zu können.

Versagung sowie **Widerruf der Genehmigung** einer Nebentätigkeit unterliegen ebenfalls der Mitbestimmungspflicht des ÖPR:

Vertragsabschlüsse bei PES (Personalmanagement im Rahmen erweiterter Selbständigkeit von Schulen)

PES ist zur Reduzierung bzw. zur Vermeidung von temporärem Unterrichtsausfall entwickelt worden (bis zu 8 Wochen).

Bei Vertretungsunterricht durch PES handelt es sich nicht um regulären Vertretungsunterricht, sondern um **„Vertretung von Unterricht“**. Fällt z. B. eine Mathematikstunde aus, so kann sie durch jeden anderen Unterricht ersetzt werden.

PES-Schulen haben Zugriff auf eine **Datenbank** (PES-Portal), die mögliche Vertretungslehrkräfte vorhält. Sie verfügen über ein **PES-Budget**, welches sie zur Vertretung von Unterricht einsetzen können. Von einer PES-Schule erwartet man den **Aufbau einer Vertretungsbereitschaft** in der Schule und im schulischen Umfeld, damit bei Unterrichtsausfall schnell eine Vertretung besorgt werden kann. PES war ursprünglich keinesfalls zur Abdeckung von längerfristigem Unterrichtsausfall gedacht. Inzwischen ist es gängige Praxis, nicht nur kurzfristigen, sondern auch langfristigen Unterrichtsausfall durch Mutterschutz und Elternzeit (Jahresverträge) über PES abzuschließen, vorausgesetzt, der **Ausfall findet an der Schule** statt.

In solchen Fällen schließt nicht die Schule direkt mit den Vertragsnehmer(inne)n den Vertrag über das PES-Portal ab, sondern dies geschieht auf ADD-Ebene. Diese Verträge werden auch nicht über das Budget der Schule bewirtschaftet – sondern über die entsprechende Haushaltsstelle des Fachreferats.

Obwohl die ADD diese Vertragsabschlüsse regelt, obliegt die Mitbestimmung dennoch dem ÖPR an der Schule. Der BPR bekommt diese Personalmaßnahmen nicht vorgelegt. Das bedeutet für den ÖPR, dass er für die Einstellung sowie die Beurteilung der Eingruppierung und Einstufung allein zuständig ist. Dazu wird ihm von der ADD ein Eingruppierungs-/Einstufungsvorschlag unterbreitet, dem er zustimmen oder den er unter Unterbreitung eines anderen eigenen Vorschlags ablehnen kann, falls er dafür stichhaltige Argumente besitzt.

Als Örtliche Personalräte können sie sich bezgl. der Eingruppierung und Einstufung nach TV-L bei Unsicherheiten gerne an ihre Stufenvertretung (BPR) oder ihre Mitgliedsgewerkschaft wenden. Es gibt noch eine andere Möglichkeit, falls man sich nicht sicher ist, eine sog. **gesplittete Zustimmung**; man vermerkt, dass man zwar die Arbeitsaufnahme, nicht aber der vorgeschlagenen Einstufung zustimmt. Damit ist automatisch die Stufenvertretung (BPR) im Boot und kann die geplante Einstufung überprüfen.

Zusammenfassung: Wie wird der ÖPR bei PES beteiligt?

- Mitsprache/Erörterungsrecht beim Aufbau einer Vertretungsbereitschaft, z. B. in Bezug auf die Mindestqualifikation der Bewerber/-innen
- Teilnahme an der Auswahl der Bewerber/-innen aus der PES-Datenbank. Dem ÖPR sind alle Datensätze zur Kenntnis zu bringen (siehe auch PES-Glossar).
- Teilnahme an den Auswahl- und Vorstellungsgesprächen (siehe PES-Glossar)
- Zustimmung des ÖPR zur getroffenen Auswahl
- Zustimmung zum Vertretungsabschluss: Dabei ist zu beachten, dass der Vertrag hinsichtlich Dauer, Umfang, Eingruppierung und Einstufung den Regelungen des TV-L entspricht.

Zusammengestellt von Johannes Müller

Recht in der Schule in Frage & Antwort

Ich würde gerne mit meiner dritten Klasse eine Schulfahrt im nächsten Schuljahr durchführen. Ist das erlaubt?

In der Verwaltungsvorschrift „Richtlinien für Schulfahrten“ steht nichts von einem Verbot. Bei Nr. 1 heißt es, dass „Studienfahrten, Klassen- und Kursfahrten, Schulwanderungen und Unterrichtsgänge (Schulfahrten) als wichtiger Bestandteil des schulischen Erziehungs- und Bildungsauftrags der Schule [...] das Zusammenleben und gegenseitige Verständnis aller am Schulleben Beteiligten [...] fördern.“ In Nr. 2.2. wird erwähnt, dass Klassenfahrten im Primarbereich höchstens drei Tage dauern sollen.

Mein 40-jähriges Dienstjubiläum fällt in die Freistellungsphase meiner Altersteilzeit. Kann ich für die beiden freien Tage auch den finanziellen Gegenwert erhalten?

Leider vertritt die Dienststelle anscheinend die Meinung, dass das nicht möglich ist, da Sie ja nicht mehr aktiv im Schuldienst sind.

Wenn ich in zwei Jahren in Ruhestand gehe, wird mir dann mein abgeleisteter Wehrdienst für die Pension angerechnet? Wie sieht es mit Studium und Vorbereitungsdienst aus?

VBE-Hotline – RECHTSBERATUNG

Anruf genügt. Wir nehmen Ihren Fall auf und helfen Ihnen weiter.

Jetzt täglich Montag bis Freitag 9:30 bis 11:30 Uhr

per Telefon 0 61 31 97 12 70 7

• einfach • umfassend • professionell

Der VBE bietet seinen Mitgliedern ein umfassendes Angebot für alle Fragen der beruflichen Rechtsberatung:
- **Verwaltungs- und Dienstrecht**
- **Beamten- und Tarifrecht**
- **Schul- und Personalvertretungsrecht**
- **Beihilferecht/Altersteilzeit/Pensionsberechnung**

Unsere Expertinnen und Experten des VBE-Netzwerks Rechtsberatung stehen für Ihre Anfragen per E-Mail recht@vbe-rp.de und über die Website www.recht-fuer-lehrer.de zur Verfügung.

Wir helfen Ihnen weiter. Garantiert.
So geht Rechtsberatung. Der VBE – mit Biss!

Sie können beruhigt sein. Nach dem Landesbeamtenversorgungsgesetz (LBeamtVG) § 15 wird Ihr Wehrdienst angerechnet, ebenso Ihr Studium (§ 18, 855 Tage) und Ihr Vorbereitungsdienst (§ 18, insgesamt 181 Tage). Der VBE berechnet als Service für seine Mitglieder kostenfrei die zu erwartende Pension.

Welche Auswirkungen hat die Kostendämpfungspauschale auf meine Beihilfe?

Das Land Rheinland-Pfalz hat 2003 eine allgemeine Kostendämpfungspauschale (KDP) eingeführt, mit der die Beihilfeberechtigten in einem vertretbaren pauschalen Umfang an den Krankheitskosten beteiligt werden. Die KDP wird für jedes Kalenderjahr von der zu gewährenden Beihilfe abgezogen. Für Lehrkräfte in den Gehaltsstufen A 12 bis A 15 beträgt die KDP 300 €. Bei Versorgungsempfängern sowie Witwen und Witwern richtet sich die Zuordnung nach der Besoldungsgruppe, nach der die Versorgungsbezüge berechnet werden. Für jedes berücksichtigungsfähige Kind mindert sich die KDP um 40 €. Nähere Informationen dazu finden Sie auf der Homepage des Landesamts für Finanzen (LfF): www.lff-rlp.de.

Alles, was Recht ist ...

Wir würden gerne im dritten Schuljahr auf Noten verzichten und verbal beurteilen. Geht das?

§ 34 Absatz 3 der Grundschulordnung besagt, dass „auf Beschluss der Gesamtkonferenz und im Benehmen mit dem Schulelternbeirat in der Klassenstufe 3 für das erste Halbjahr oder für das ganze Schuljahr die Beurteilung weiterhin ausschließlich verbal erfolgen kann“.

Wie viele Klassenarbeiten muss ich im vierten Schuljahr mit meiner Klasse schreiben?

Die Anzahl der schriftlichen Leistungsnachweise (früher als Klassenarbeiten bezeichnet) beträgt im Fach Deutsch zehn (im Teilbereich „Richtig schreiben“ und „Texte verfassen“ je drei, im Teilbereich „Sprache untersuchen“ zwei und im Teilbereich „Lesen, Umgang mit Texten und Medien“ zwei.) Im Fach Mathematik beträgt die Anzahl der schriftlichen Leistungsnachweise im vierten Schuljahr sechs. Die mathematischen Teilbereiche sind angemessen zu berücksichtigen (Grundschulordnung § 36, Absatz 4).

Früher hat der Unterricht vor den Ferien nach der vierten Stunde geendet (Realschule plus). Was hat sich daran geändert?

Leider ist dies nur noch am letzten Unterrichtstag vor den Sommerferien und am Tag der Ausgabe der Halbjahreszeugnisse möglich (Übergreifende Schulordnung, § 34 Absatz 1). Dies ist nicht gerade pädagogisch sinnvoll!

Recht konkret: Doppelversorgung – Teil 1

Eine oft gestellte Frage ist zum Beispiel: „Wenn mein Mann und ich einmal pensioniert oder in Rente sind, bekommen wir dann beide unsere ungekürzten Altersversorgungen?“ Das dürfte ja noch selbstverständlich sein.

Aber wie ist es, wenn einmal einer der Ehegatten stirbt? Jetzt wird die Sache komplizierter, zumal unterschiedliche Fallkombinationen (zwei Pensionen, Pension plus Rente u. a.) möglich sind!

Eigenes Ruhegehalt plus Witwer- bzw. Witwengeld

Bei Anspruch auf zwei Pensionen gilt folgende Regelung: Beide Altersruhegehälter werden zusammen ausbezahlt, jedoch nur bis zu einer Höchstgrenze. Diese Höchstgrenze entspricht der höchstmöglichen Pension der oder des Verstorbenen, also 71,75 % der Endstufe. Der diese Höchstgrenze übersteigende Betrag wird nicht ausbezahlt (sogenannter Ruhensbetrag). Einzige Ausnahme: 20 % des eigentlich zustehenden Witwer- oder Witwenruhegehaltes dürfen nicht gekürzt werden.

Deutlich wird diese Regelung erst anhand eines Beispiels: Ehemann Karl Müller, pensioniert mit 71,75 % aus der Endstufe von A 14; rund 4.000 € brutto. Ehefrau Sofie Müller, pensioniert mit 60 % aus der Endstufe von A 12, rund 2.750 €.

Herr Müller stirbt: Die Höchstgrenze für beide Versorgungen der Ehefrau liegt bei 4.000 € (tatsächliche und höchstmögliche Pension des Verstorbenen). Frau Müller bekommt jetzt ihr eigenes Ruhegehalt von 2.750 € und ein Witwengeld in Höhe von 1.250 €, zusammen also 4.000 €.

Frau Müller stirbt: Höchstgrenze: 3.300 € (71,75 % aus Endstufe A 12). Herr Müller liegt mit seinem eigenen Ruhegehalt in Höhe von 4.000 € natürlich weit über dieser Höchstgrenze. Wenn es nicht eine Ausnahmeregelung gäbe, bekäme er jetzt gar kein Witwerruhegehalt! Aber: 20 % des ungekürzten Witwergeldes müssen ausgezahlt werden. Und das sind rund 330 €. Warum? 60 % Witwergeld von 2.750 € sind 1.650 Euro. Das wäre die ungekürzte Witwerpension. Und davon 20 %, also 330 €, müssen auch ausgezahlt werden. Der „Rest“ von 1.320 €, der sogenannte Ruhensbetrag, wird einbehalten. Dieser „ruht“ und wird wahrscheinlich nie mehr wach!

Zusammengestellt von Johannes Müller

www.recht-fuer-lehrer.de

März
Infos & Technik

Suchmaschinen
Neben Google gibt es eine Reihe ausgezeichneter Spezial-Suchmaschinen, die in ihrem Gebiet in der Regel bessere Ergebnisse liefern als Google! Zudem gibt es Suchmaschinen, mit denen diskret gesucht werden kann, die also keine Daten weitergeben. Zu den Spezialsuchmaschinen zählen z. B. findsounds.com und soundjax.com für Musik, science-research.com und wolframalpha.com für die wissenschaftliche Suche oder yasni.de und spokeo.com für Personensuche. Diskrete Suchmaschinen sind z. B. duckduckgo.com, startpage.com oder qwant.com. Eine Übersicht über die verschiedenen Suchmaschinen finden Sie z. B. unter:
www.suchfibel.de

Privatsphäre
Im Internet sind Sie immer sichtbar! Egal wo Sie surfen, egal was Sie sich anschauen, Google und Co. erfahren es! Aber es gibt Möglichkeiten, die Privatsphäre zu schützen. So helfen z. B. das Unterbinden von „Cookies“, das Deaktivieren von Suchmaschinen-Trackern oder die Nutzung eines speziellen Browsers wie z. B. des „Comodo Dragon“. Aber auch in „normalen“ Browsern wie „Firefox“ oder „Edge“ gibt es Sicherheitseinstellungen, die Sie beachten sollten. So können Sie z. B. in Firefox das Tracken teilweise verhindern und Cookies nach Schließen von Firefox automatisch löschen lassen. Je nach Einstellung werden Eingaben allerdings nicht mehr gespeichert! Hier finden Sie Empfehlungen für viele Browser:
www.bsi-fuer-buerger.de

Windows-Stick
Wenn Sie Ihr Windows-System auf einen externen Datenträger klonen wollen, können Sie Win2USB nutzen. Das kostenlose Programm erstellt einen Datenträger, von dem aus Sie Ihr Windows an jedem beliebigen Rechner starten können. Allerdings benötigen Sie meist einen großen Stick oder eine externe Festplatte, sogar 128 GB reichen oft nicht aus! Um Fehler auf Ihrem Rechner zu beheben, um z. B. einen Virus zu entfernen, empfiehlt sich ein Linux-Stick. Fertige Notfall-Systeme finden Sie im Internet, z. B. die „Computer Bild Notfall-DVD Free“, die immer aktualisiert wird. Solche Systeme lassen sich von DVD oder von einem USB-Stick starten. In der Regel reicht ein 8-GB-Stick aus, der im Handel für weniger als 10 Euro erhältlich ist. Download solcher Systeme z. B. hier.
www.computerbild.de

Enterprise-PC

Suchen Sie einen außergewöhnlichen Spitzen-PC? Sind Sie Star-Trek-Fan? Dann ist der „Titanium Enterprise NCC-1701A“ von Lenovo genau der richtige Rechner für Sie! Für umgerechnet ca. 3800 Euro sind z. B. ein Intel-i9-Prozessor und eine Nvidia-Geforce-RTX-2080-Grafikkarte verbaut. In der „Untertassen-Sektion“ ist stilgerecht ein Beamer integriert. Der Rechner ist zunächst nur in China zu erwerben; ob er Europa erreicht, ist fraglich.

Apple
Drei neue iPhones hat Apple 2018 vorgestellt. Erstmals gibt es ein Modell, das die Marke von 6 Zoll bei der Displaydiagonalen überschreitet. Das Top-Modell „XS Max“ kostet mit seinem 6,5-Zoll-Display mindestens stattliche 1249 €, mit einem Speicher von 512 GB sogar 1649 €! Fast schon ein Sonderangebot ist dagegen das günstigste Modell, das iPhone XR. Sein Display ist mit 6,1 Zoll groß, die LCD-Technik im Vergleich zur OLED-Technik der XS-Modelle aber deutlich schlechter. Es kostet ab 849 €, also etwa so viel wie die Top-Modelle der Android-Konkurrenz. Technische Vorteile bieten die Apple-Smartphones im Unterscheid zu früher nicht mehr. Der Marktanteil von Apple im Smartphone-Markt liegt in Deutschland bei etwa 20 %, weltweit bei etwa 12 %. Damit liegt Apple weit hinter Samsung und nur noch knapp vor Huawei auf dem 2. Platz. Wenn Apple nicht innovativer wird, droht der Firma das Schicksal von ehemals großen Firmen wie Commodore, Atari oder Nokia.

Kopfhörer
In der Straßenbahn, im Zug oder im Flugzeug stören beim Hören die Nebengeräusche. Schon lange gibt es Kopfhörer, die diese Geräusche unterdrücken. Der neue „Sony WH-1000XM3“-Kopfhörer verspricht dank neuem Prozessor auch die Unterdrückung von Straßenlärm oder Stimmen. Mit einem Preis von ca. 380 Euro ist der Kopfhörer noch teuer. Die Spitzenmodelle von Sennheiser oder Bose sind mit ca. 260 bzw. 300 Euro günstiger, da sie bereits weit unter UVP angeboten werden.
www.sony.de

Metz
Früher war Deutschland führend in der Fernsehtechnik. Übrig geblieben sind nur noch drei Hersteller: Loewe, Technisat und Metz. Metz versucht nun mit einer neuen Produktreihe, günstiger und auch im Ausland erfolgreich zu werden. Die neuen Fernseher der Produktreihe „METZ blue“ laufen nicht mehr mit eigenem Betriebssystem, sondern mit Android. Spitzentechnik, hochwertige Verarbeitung, einfache Bedienung und guter Service, das sollen die Highlights von Metz sein. Hoffentlich ist die Traditionsmarke damit erfolgreich!
www.metz.de

Amazon-Kreditkarte
Sie wollen beim Amazon-Einkauf sparen? Mit der Visa-Card für Prime-Kunden bekommen Sie neben 70 Euro Startguthaben bei jedem Amazon-Einkauf eine Gutschrift von 3 % des Kaufpreises. Allerdings wird es teuer, wenn Sie in die roten Zahlen kommen. Bei knapp 15 % Zinsen verdienen Amazon und die Landesbank Berlin gut! Außerdem ist die Karte nur im ersten Jahr kostenlos, danach fallen 19,99 €/Jahr an!

BlackBerry
Noch immer gibt es Handy-Nutzer, die eine echte Tastatur jeder Bildschirmtastatur vorziehen! Eines der wenigen Modelle war bis jetzt das BlackBerry Key 2, das bei einem Preis von ca. 650 Euro recht teuer ist. Mit dem „Key 2 LE“ bietet BlackBerry nun eine Alternative für ca. 400 Euro. Die Technik ist auf gutem Mittelklasse-Niveau, das Design modern. Insgesamt ein gelungenes Android-Smartphone!
https://de.blackberry.com

Februar
Infos & Technik

Android
Nach den von der EU verhängten Strafen will Google die eigenen Android-Apps in Zukunft kostenpflichtig machen. Die Hersteller von Smartphones oder Tablets müssen also bezahlen, wenn sie den Übersetzer, die Maps oder YouTube vorinstallieren wollen. Android selbst soll kostenlos bleiben und auch abgewandelte Versionen sollen möglich werden. Ein erster Versuch eines alternativen Androids, FireOS von Amazon, scheiterte vor Jahren an Google – der Play Store war nicht verfügbar.

App-Tipp: Tik Tok
Früher „musical.ly“, heute „Tik Tok“, ein neuer Name, aber gleiche Inhalte. Tik Tok ist eine Video-Community mit Schwerpunkt auf Musik und Tanz. Zielgruppe sind primär Teenager. Im ersten Quartal 2018 war Tik Tok die weltweit am meisten heruntergeladene App!

Internet

Sie kennen die Mediathek der ARD? Getestet wird eine neue Mediathek, die alle Sender vereint. Egal ob WDR, NDR, BR, Das Erste oder ARD-alpha, alle Streaming-Inhalte sind über die neue Oberfläche erreichbar. Über „Live TV“ kann das jeweilige Programm angeschaut werden.

https://beta.ardmediathek.de

Sie pflegen einen Angehörigen? Das Zentrum für Qualität in der Pflege (ZQP) hat ein Internetportal speziell mit Tipps für pflegende Angehörige eingerichtet. Die gemeinnützige Stiftung will mit ihrem Angebot allen helfen, die sich für pflegebedürftige Menschen engagieren. Dazu steht z. B. eine Ratgeberreihe zum Download oder zur kostenlosen Bestellung bereit, ortsnahe Beratungsangebote können gesucht werden oder Qualitätskriterien für Pflegeeinrichtungen werden angezeigt.
www.zqp.de

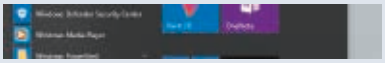
Sie nutzen Wikipedia? Ihre Schule hat eine Lizenz zur Brockhaus-Datenbank? Die Brockhaus-Inhalte sind im Gegensatz zu Wikipedia überprüft. Zudem steht ein „Jugendlexikon“ zur Verfügung mit leicht verständlichen Informationen für Jugendliche ab 12 Jahren. Bisher stand das Online-Lexikon von Brockhaus nur Institutionen zu Verfügung, jetzt gibt es auch ein Abonnement für Privatnutzer. Nach 14-tägiger kostenloser Testphase kann ein Abo für 60 Euro/Jahr abgeschlossen werden. Ein monatlich kündbarer Zugang kostet 6,- Euro/Monat.
www.brockhaus.de

Lehrer bei der AfD melden? Auf change.org wurde gegen die Melde-Aktion eine Petition gestartet, nach wenigen Tagen gab es bereits über 40.000 Unterschriften! Auf der Seite der „Linksjugend Sachsen“ werden Meldungen generiert – gemeldet werden AfD-Funktionäre.
www.change.org/p/meinlehrerfetzt
https://sos.linksjugend-sachsen.de/

Tipps und Tricks
YouTube

In der Android-App von YouTube gibt es neuerdings einen Inkognito-Modus. Die angeschauten Videos erscheinen nicht mehr im Verlauf und werden nicht für weitere Empfehlungen genutzt! Videos mit Altersbeschränkung werden in diesem Modus allerdings nicht angezeigt. Der Inkognito-Modus wird im Kontomenü aktiviert, das sich öffnet, wenn oben rechts das Konto-Symbol angeklickt wird.

MP3
Sie wollen Ihre Musik-CD in MP3-Dateien konvertieren? Gut ist z. B. das kostenlose Programm „CDex“, das im Oktober 2018 in der Version 2.1 erschienen ist. Allerdings geht es auch mit Windows-Bordmitteln. Im Media



Player ist das Konvertieren einfach. Meist erscheint der Inhalt der CD im rechten Fenster, manchmal müssen Sie das CD-Laufwerk extra anwählen („Unbekanntes Album“). Ein rechter Mausklick auf das Notensymbol öffnet ein Menü, in dem das Album automatisch identifiziert werden kann. Unter „Kopiereinstellungen“ können diverse Optionen gewählt werden, alle Einstellungen finden Sie gesammelt unter „Weitere Optionen“. Dort kann auch der Speicherort geändert werden. Anschließend startet ein Klick auf „CD kopieren“ die Konvertierung.

Windows-Passwort
Haben Sie Ihr eigenes Windows-Passwort vergessen? Wenn Sie ein Microsoft-Konto zur Anmeldung verwenden, dann können Sie von einem anderen Rechner aus eine Zurücksetzung Ihres Passwortes versuchen. Grund dafür ist, dass Ihr Passwort von Microsoft online verifiziert wird, d. h., es ist bei Microsoft gespeichert. Nach Eingabe folgender Adresse hilft Ihnen ein Assistent weiter:
https://account.live.com/password/reset

Falls Sie bei der Einrichtung von Windows auf eine Microsoft-Registrierung verzichtet haben, müssen Sie den Rechner entweder komplett zurücksetzen oder versuchen, das Passwort zu ändern. Anleitungen zur Änderung finden Sie z. B. hier:
www.windowspro.de
https://winfuture.de

Firefox: Daten übertragen
Auf Ihrem PC sind viele Passwörter in Firefox gespeichert, natürlich durch ein Master-Passwort gesichert? Sie können alle Daten ohne Hilfsprogramm schnell auf Ihr Notebook übertragen! Die Passwörter werden in den Dateien key4.db und logins.json gespeichert. Die Datei places.sqlite enthält alle Ihre Firefox-Lesezeichen. Die Dateien befinden sich in einem Ordner, den Windows standardmäßig ausblendet. Sie finden sie dennoch, wenn Sie die Tasten ⇦Windows Key⇨ + ⇦R⇨ auf der Tastatur drücken. Nun öffnet sich der Ausführen-Dialog. Tippen Sie %appdata%\mozilla\firefox\profiles\ in das Textfeld. Sie sehen ein Verzeichnis, dessen Name „default“ enthält. Wenn Sie es öffnen, finden Sie die Dateien, können sie auf einen Stick speichern und auf das Notebook übertragen!

Vorschau
In der nächsten Ausgabe lesen Sie u. a.:
- Digitalpakt
- USB-C
- Akkupacks

Rückmeldungen erwünscht!
Schicken Sie Anregungen, Wünsche o. Anmerkungen an den Autor:
N.Ristic@gmx.de

Wir gratulieren zum Geburtstag – April 2019

104. Geburtstag
AM 28.04. › Alois Strubel
Orleansstr. 16 ■ 66953 Pirmasens

94. Geburtstag
AM 20.04. › Herbert Kriesch
AM 27.04. › Gisela Wilhelm
Ehrhardstr. 40 ■ 55131 Mainz

91. Geburtstag
AM 13.04. › Arno Stein
Hohenstaufenstr. 9 ■ 76829 Landau

89. Geburtstag
AM 27.04. › Marga Kranz
Am Wasserwerk 7 ■ 56642 Kruft

87. Geburtstag
AM 18.04. › Rolf Fischer
Grafenwiese 27 ■ 56566 Neuwied
AM 23.04. › Werner Röckelein
Am Königsberg 15 ■ 56859 Bullay

85. Geburtstag
AM 02.04. › Gisela Würde
Sackgasse 7
67596 Dittelsheim-Heßloch
AM 12.04. › Heinrich Weth
Am Hungelsberg 9 ■ 54311 Trierweiler

84. Geburtstag
AM 10.04. › Maria Simon
Fahnenstr. 34 ■ 66955 Pirmasens
AM 13.04. › Marlene Grotmann
Dreifaltigkeitsweg 48
53489 Sinzig, Rhein
AM 24.04. › Elisabeth Schwartz
Carl-Fr.-Gauss-Str. 32
67063 Ludwigshafen

83. Geburtstag
AM 16.04. › Heinz Schlepphorst
Heegwaldstr. 52 ■ 55595 Braunweiler

82. Geburtstag
AM 08.04. › Anita Schäfer
Gartenstr. 22 ■ 66849 Landstuhl
AM 10.04. › Helmut Wollscheid
Neuwiese 6 ■ 54296 Trier-Filsch
AM 28.04. › Manfred Stritzke
Im Grundacker 28 ■ 54570 Pelm

81. Geburtstag
AM 01.04. › Felix Taufenbach
Georg-Büchner-Str. 5 ■ 55129 Mainz
AM 01.04. › Rainer Lehnert
Caspar-Olevian-Str. 3 ■ 54295 Trier
AM 02.04. › Otwin Pilz
Mondring 44 ■ 56410 Montabaur
AM 16.04. › Ignatz Hellinghausen
Rainstr. 55 ■ 57518 Betzdorf
AM 16.04. › Heinz Wiedemann
Im Bungert 28 ■ 56850 Enkirch
AM 17.04. › Hermann Klein
Hubertusstr. 81 ■ 54439 Saarburg
AM 20.04. › Hubert Braun
Dessauer Str. 8 ■ 67663 Kaiserlautern

80. Geburtstag
AM 08.04. › Gisela Angsten
Kondelstr. 3 ■ 56858 Altstrimmig
AM 15.04. › Ludwig Harde
Freih.-v.-Stein-Str. 17
76846 Hauenstein
AM 17.04. › Elisabeth Krummenerl
Heinrichstr. 2 ■ 57548 Wehbach
AM 17.04. › Ute Klein
Charlottenstr. 10 a ■ 54295 Trier
AM 23.04. › Mechtild Schmitt-Bayer
Rheinallee 56 ■ 56154 Boppard

79. Geburtstag
AM 05.04. › Gerhard Settelmeyer
Käsgasse 10b ■ 76863 Herxheim
AM 06.04. › Ellen Leonards
Gartenstr. 46 ■ 54317 Gusterath
AM 08.04. › Heinz-Jürgen Schneider
Marktplatz 1 ■ 53545 Linz
AM 11.04. › Armin Geyer
Südring 44 ■ 76863 Herxheim
AM 20.04. › Egbert Wallerath
Südallee 37A ■ 54290 Trier
AM 26.04. › Anna Abel
Turnstr. 41 ■ 66976 Rodalben

78. Geburtstag
AM 03.04. › Hiltrud Schwemmler
Am Fort Josef 3 ■ 55131 Mainz
AM 08.04. › Gisa Arndt
Rosengarten 29 ■ 56564 Neuwied
AM 14.04. › Hubert Plein
Auf Omesen 45 ■ 54666 Irrel
AM 18.04. › Adelheid Schirrmeister
In der Olk 6 ■ 54290 Trier

77. Geburtstag
AM 01.04. › Franz Krob
Grünewaldstr. 25
66879 Kottweiler-Schwanden
AM 08.04. › Walter Becker
Auf der Wart 25 ■ 67269 Grünstadt
AM 21.04. › Christa Kohler
Heidestr. 6 ■ 66894 Bechhofen

76. Geburtstag
AM 06.04. › Ulrike Knieling
Hauptstr. 30 ■ 56291 Niedert
AM 10.04. › Hermann-Josef Weinand
Kalter Str. 13 ■ 56294 Münstermaifeld

75. Geburtstag
AM 02.04. › Anita Wilhelm
Riedstr. 11 ■ 76889 Steinfeld
AM 20.04. › Hildegard Zimmer
Am Weinberg 10 a ■ 54518 Dreis
AM 21.04. › Rainer Holz
Brandenburger Str. 36d
66976 Rodalben
AM 26.04. › Magdalena Muhl
Siemensstr. 9 ■ 67259 Beindersheim
AM 27.04. › Ilse Brinkmann
Veilchenweg 3 ■ 67346 Speyer

74. Geburtstag
AM 01.04. › Dieter Theusinger
Im Stift 15 ■ 67147 Forst
AM 03.04. › Werner Lehnen
Auf dem Garten 1 ■ 54673 Karlshausen
AM 06.04. › Christa Baque
Südstr. 16 ■ 66917 Knopp

73. Geburtstag
AM 03.04. › Maria-Theresia Landau
Ehrhardstr. 1 ■ 55131 Mainz
AM 04.04. › Hermann Schäfer
Pfeifersweg 11 ■ 56566 Neuwied
AM 05.04. › Gert Manstein
Zum Rollkopf 24 ■ 54516 Wittlich
AM 08.04. › Angelika Horbach
Kammerforststr. 8 ■ 54439 Saarburg
AM 13.04. › Monika Krämer
Brenderweg 88 ■ 56070 Koblenz
AM 19.04. › Karl-Josef Klöffer
Eduard-Jost-Str. 16
67067 Ludwigshafen
AM 30.04. › Gerhard Elsen
Berliner Str. 22 ■ 54614 Schönecken

72. Geburtstag
AM 09.04. › Hans-Werner Nentwig
Bei Vogel / Siedenberger Str. 181
51597 Morsbach, Sieg
AM 17.04. › Brigitte Blüm
Weststr. 7
53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler
AM 17.04. › Mathilde Persch
Weider Höhe 4 ■ 56814 Landkern
AM 23.04. › Willi Fuxen
Kyllburger Str. 30 ■ 54657 Badem
AM 30.04. › Gundi Geschier-Kochhann
Erlengrund 8 ■ 56743 Mendig

71. Geburtstag
AM 09.04. › Christa Leben-Gail
Hochsimmer Str. 8 ■ 56729 Ettringen
AM 14.04. › Anna Luise Wieland
Auwiese 7 ■ 56567 Neuwied
AM 18.04. › Sabine Mieck
Königsberger Str. 2
56412 Heiligenroth

70. Geburtstag
AM 05.04. › Ursula Casel
Ahornweg 19 ■ 54470 Bernkastel-Kues
AM 08.04. › Brigitta Becker
Münchwiesen 10
55566 Bad Sobernheim
AM 08.04. › Barbara Kuch
Lindenstr. 16 ■ 56427 Siershahn
AM 15.04. › Dorothea Bolz
Gonsbachstr. 13 ■ 55124 Mainz

VBE gibt Praxisratgeber von Dr. Klaus Spenlen heraus

Schule und Islam – wie sich Alltagskonflikte lösen lassen

Heterogene Klassen, in denen Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichen sozialen, kulturellen und religiösen Hintergründen aufeinandertreffen, sind heute fester Bestandteil von Schule in Deutschland. „Lehrkräfte sind hierdurch mit besonders herausfordernden Konfliktsituationen konfrontiert, die von ihnen hohe Bewertungskompetenz und differenzierte Lösungen verlangen, für die sie nicht speziell ausgebildet wurden.

Dr. Klaus Spenlen bietet Lehrerinnen und Lehrern mit seinem Werk hoch praxisrelevantes Know-how im Kontext von Schule und Islam an, indem er für relevante Konfliktsituationen Lösungswege aufzeigt, die, wo immer möglich, nach einem Ausgleich zwischen dem Bildungs- und Erziehungsauftrag von Schule sowie den Religions- und Elternrechten suchen. Wir freuen uns deshalb sehr, dass der VBE das Buch herausgeben kann, um Lehrerinnen und Lehrern damit ein rechtssicheres und konfliktlösendes Handeln zu ermöglichen“, kommentiert Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), anlässlich der Veröffentlichung des Buches „Sondieren, abwägen handeln – Schule und Islam – wie sich 90 Alltagskonflikte lösen lassen“.

Dr. Klaus Spenlen, Islam- und Migrationsforscher an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf mit langjähriger Schulerfahrung, hat für sein Buch 90 Alltagskonflikte aufgearbeitet, die ihm im Rahmen seiner Fortbildungen und Forschungsarbeiten angetragen wurden. Seine Darstellungen sind durch anschauliche Erläuterungen, welche wesentlichen Vorschriften im Islam und für Schule gelten, unterfüttert. „Abgrenzungen sind etwas Gemachtes, sie sind mithin veränderbar. Alle Akteure in Schulen sollten deshalb ihre eigene, fein abgeschirmte religiöse, kulturelle und ethnische Wagenburg verlassen und an Gemeinsamem arbeiten“, erläutert Spenlen.

Offiziell vorgestellt auf der didacta 2019 in Köln

„Schulen ist vom Staat der Unterrichts- und Erziehungsauftrag übertragen worden. Sie nehmen die Aufgabe wahr, indem sie Urteilskraft in den Mittelpunkt von Unterricht und Erziehung rücken. Dazu müssen sie ihre Schülerschaft mit Kenntnissen ausstatten, die zu Haltungen führen. Konflikte können die Erfüllung dieses Auftrags erschweren.“

Klaus Spenlen

Für Lösungen solcher Konflikte in Schulen müssen allerdings alle Beteiligten ihre eigene religiöse, kulturelle und ethnische Wagenburg verlassen. Und sie sollten auf mediales Schaulaufen, religionskulturelle Muskelspiele sowie Rat gebende Scharfmacher verzichten und sich auf gemeinsame Werte verständigen.
Wie dies geschehen kann, zeigt das Buch für zahlreiche Alltagskonflikte auf.

Zum Autor:
Dr. Klaus Spenlen, Islam- und Migrationsforscher an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Erziehungs- und Sozialwissenschaftler, Studien in Islamwissenschaften und Staatskirchenrecht. Erfahrungen in den Berufsfeldern Schule, Studienseminar, Ministerium, Deutsche Islamkonferenz.

ISBN: 978-3-934-528-40-6 Bestell-Nr.: 1140 lieferbar ab Januar 2019

bei Bestellungen bis zum 5.4.2019: 7,80 Euro (Normalpreis: 9,70 Euro)

Bestellungen online, per Mail oder Fax an:
Online Shop: www.vbe-verlag.de
Mail: info@vbe-verlag.de
Fax: 0231 433864
VBE Verlag NRW GmbH, Westfalendamm 247, 44141 Dortmund

VBE Verlag NRW GmbH

Bibliografische Angaben:

Titel:	Sondieren, abwägen, handeln – Schule und Islam – wie sich Alltagskonflikte lösen lassen
Autor:	Dr. Klaus Spenlen
Hrsg.:	Verband Bildung und Erziehung (VBE)
Verlag:	VBE Verlag NRW GmbH
ISBN:	978-3-934-528-40-6

Eine enkeltaugliche Zukunft gestalten

Am 17. Januar 2019 hatte die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) zu einer eintägigen Informationsveranstaltung unter der Leitung des BAGSO-Vorsitzenden, Franz Müntefering, nach Bonn eingeladen. Der Titel „Eine enkelgerechte Zukunft gestalten – ältere Generationen und die globale Agenda 2030“ hatte eine erhebliche Anzahl Interessierter aus den unterschiedlichen Mitgliedsorganisationen angelockt, darunter die Vertreter des VBE Max Schindlbeck, den Vorsitzenden der VBE-Bundesseniorenvertretung, und Gerhard Kurze als seinen Stellvertreter.

Wie die Themenstellung ausweist, ging es in der Veranstaltung um eine zweifache thematische Ausrichtung. Zunächst stand die Enkel-Eltern/Großeltern-Beziehung im Fokus und die durch den demografischen Wandel hervorgerufenen Probleme bei den Einkünften aus prekären Arbeitsverhältnissen und bei nicht ausreichenden Altersrenten. Die Befassung mit den damit einhergehenden Problemfeldern wie Wohnen, Gesundheit und allgemeine Teilhabe führte bald auf die besonderen Aspekte der globalen Lebensverhältnisse. Sehr hilfreich war in diesem Zusammenhang die Anwesenheit von Abdou Rahime Diallo als Co-Moderator der Veranstaltung, der zudem seine betagte Mutter als sachkundige Vertreterin der südlichen Hemisphäre einbeziehen konnte. Sie sprach von mehr oder weniger vergleichbaren Lebensverhältnissen bei unterschiedlicher örtlicher Ausprägung, betonte aber, dass außerhalb Europas der Respekt vor dem Alter wesentlich ausgeprägter und tragfähiger sei.

Im zweiten Teil der Veranstaltung rückte die Agenda 2030 in den Mittelpunkt, und zwar themenbezogen die Perspektiven und Potenziale älterer Menschen in den 17 Nachhaltigkeitszielen der Agenda. Fachvertreterinnen aus UNO-Organisationen oder bundesdeutschen Fachverbänden konnten hier wichtige Informationen einbringen. Abschließend wurde diese Thematik auf kommunaler Ebene diskutiert und das Prinzip der Nachhaltigkeit in der Seniorenarbeit vor Ort in zwei Foren an Beispielen demonstriert sowie die Nachhaltigkeit als kommunale Querschnittsaufgabe allen Teilnehmern eindringlich ans Herz gelegt.

(V. l. n. r.): Max Schindlbeck, Franz Müntefering, Gerhard Kurze

Gerhard Kurze
stellv. Vorsitzender der Bundesseniorenvertretung

Veranstaltungen des VBE-Kreisverbandes Ludwigshafen-Frankenthal

Mittwoch 13.03.2019

Mykene – die sagenhafte Welt des Agamemnon

13.30 Uhr
Badisches Landesmuseum Karlsruhe
anschließend Besuch Café Böckler
Treffpunkt Hbf. Ludwigshafen
Anmeldung erwünscht!

Mittwoch 10.04.2019

Tablets im Unterricht – Produzieren und Präsentieren

14.00 Uhr
Der MedienkompP@ss Rheinland-Pfalz gibt Lehrkräften einen Rahmen für die Medienarbeit. Orientiert an dem KMK-Strategiepapier „Bildung in der digitalen Welt“ zeigt er auf, was medienkompetente Schüler können sollen. Der Bereich „Produzieren und Präsentieren“ geht von Textverarbeitung, über Audioproduktion und digitale Präsentationsmedien bis zu Tabellenkalkulation.

Nachmittagsworkshop mit folgendem Programm:
Präsentieren: Die Präsentationsmethode „Pecha-Kucha“ und die App Keynote
Produzieren: Produktion eines Erklärfilms und die App iMovie
Vorkenntnisse sind nicht erforderlich!.
Referentin: Frau Isabelle Angelberger
Ort: Medienzentrum Ludwigshafen
Georg-Herwegh-Str. 9, 67061 Ludwigshafen
Anmeldung erwünscht!

Anmeldungen, Informationen:

Barbara Kotsch, Raiffeisenstr. 17, 67435 Neustadt
Tel.: 06321 – 968640, E-Mail: kohome@t-online.de, E. Linsmayer-Keller, Dresdener Str. 16, 67459 Böhl-Iggelheim, Tel.: 06324 – 76387, E-Mail: e.linsmayer-k@web.de

Die Kreisverbände der Region Trier laden ein:

Termin: 10.04.19 9–16.30 Uhr

Jetzt seid doch endlich mal leise! – Das Anti-Laut-Programm

Ein Weg zu einer entspannten Lernatmosphäre
Laute und undisziplinierte Klassen sind eine Herausforderung für jede Lehrperson. Sie kosten Nerven und belasten die Gesundheit aller in der Klasse. Auch Schülerinnen und Schülern ist es oft zu laut. Das Anti-Laut-Programm unterstützt Lehrpersonen, in ihrer Klasse (wieder) eine ruhige Arbeitsatmosphäre herzustellen. Es legt den Fokus auf konsequentes und gleichzeitig ressourcenorientiertes Regellernen und hilft Schülerinnen und Schülern, die eigene Steuerungsfähigkeit weiterzuentwickeln, damit Unterricht allen Beteiligten wieder Freude macht. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer lernen das Programm in Theorie und Praxis kennen und erproben Umsetzungsmöglichkeiten für den eigenen Arbeitsbereich.

Fortbildungsinhalte:
- Grundlagen des Anti-Laut-Programms: Anwendung Schritt für Schritt mit praktischen Übungen und Tipps
- Entwicklung eines Trainingssettings für die eigene Klasse, Möglichkeiten und Grenzen des Programms

Die Veranstaltung ist beim Pädagogischen Landesinstitut (PL) „als dienstlichen Interessen dienend“ und damit als Lehrerfort- und -weiterbildungsveranstaltung anerkannt, PL-Az.: 19ST020301.
Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme.

Die Kreisvorsitzenden von Bernkastel-Wittlich, Bitburg-Prüm, Vulkaneifel, Trier-Saarburg, Cochem-Zell, Obere Nahe

Ort:
Berghotel Kockelsberg

Anmeldung:
bis zum 01.04.2019 an
barbara.mich@online.de oder
b.mich@vbe-rp.de oder
0651 / 601 48687
Bitte geben Sie bei der Anmeldung Ihren Namen, Ihre Adresse, Mailadresse und Telefonnummer an.

Kosten:
für VBE-Mitglieder 10 €
für Nichtmitglieder 25 €

Referentin:
Eva Blum, systemische Supervisorin, Schulklassencoach,

Veranstaltung des VBE-Kreisverbandes Pirmasens-Zweibrücken

Termin: 15.03.19 ab 19.00 Uhr

Carambole präsentiert Lebensfragen

„Musik fängt dort an,
wo Worte enden“
Johann Wolfgang von Goethe

Reflexion über das Leben mit Worten von Dichtern und mit Musik.

Worte: Wolfgang Spitz
Musik: Wolfgang Sobiraj

Der Eintritt ist frei, um Spenden wird geben.

André Wünstel
VBE-Kreisvorsitzender
Pirmasens-Zweibrücken

Ort:
Mensa der Grundschule
Thaleischweiler-Fröschen
Grieshohlstr. 15
66987 Thaleischweiler-Fröschen

Anmeldung:
Tel.: 06391-910011 oder
wuenstel@yahoo.de

Veranstaltung des VBE-Kreisverbandes Germersheim

Termin: 03.04.19 15.00–17.30 Uhr

Einführung in die Arbeit mit MasterTool

MasterTool 5.5
Didaktisches Autorensystem für Interaktives Lehren und Lernen

Der VBE-Kreisverband Germersheim lädt zu einem Weiterbildungskurs für Lehrkräfte aller Schularten (Grundkenntnisse im PC-Umgang werden vorausgesetzt!)

- Schnelles und einfaches Erstellen von Arbeitsblättern, Tests, Lückentexten u. v. m.
- Bearbeiten von Programmen mit dem Autoren-Tool
- Download von Programmen vom Omega-Server
- Vorbereitung von direkt im eigenen Unterricht einsetzbaren Anwendungen

Mitgebrachte Inhalte können in fertige Anwendungen umgewandelt werden!

Ort:
Geschwister-Scholl-Realschule plus,
Germersheim, Römerweg 2

Referenten:
Thomas-Peter Mell, Fritz Hock

Anmeldung:
Informationen und verbindliche Anmeldung bis 29. März 2019 per E-Mail unter fritz.hock@t-online.de oder thomaspetermell@t-online.de

Veranstaltung des VBE-Kreisverbandes Westerwald

Termin: 10.05.19 9.30–16.00 Uhr

„Musikreativ“ – Verständnis durch Erlebnis

ORFF Musik Tanz SCHULWERK

Zielgruppe: Musiklehrerinnen und Musiklehrer der Sekundarstufe 1 sowie Musik fachfremd Unterrichtende und Interessierte

Dozent: Rupert Bopp, Studium Musik- und Tanzerziehung an der Universität Mozarteum/ Orff-Institut, Salzburg.

Die Veranstaltung ist vom Pädagogischen Landesinstitut RLP anerkannt als dienstlichen Interessen dienend unter AZ.: 19ST018502.

Weitere Informationen finden Sie in der kommenden Ausgabe der RpS (04/2019) sowie im Veranstaltungskalender auf der VBE-Website.

Ort:
Orchesterraum
des Landesmusikgymnasiums,
56410 Montabaur, Humboldtstr. 6

Kursgebühr:
20 € (10 € für Mitglieder des VBE/ der Orff-Schulwerkgesellschaft)

Online-Anmeldung:
über www.orff-schulwerk.de
bis 29. April 2019

Veranstaltungen des VBE-Kreisverbandes Südliche Weinstraße

Programm für das erste Halbjahr 2019

Dienstag 12.03.2019

Landau
Galapagos – Bilder einer Traumreise

16.00 – 18.00 Uhr

Multivisionsshow des Fotografen und Rektors a. D. Erich Hepp

Ort: Hotel Restaurant Kurpfalz, Horstschanze 6, 76829 Landau
Anmeldung: bis 8. März 2019 bei Christine Jung, Fon 06346-8819 (persönlich) oder E-Mail: hrjung@t-online.de

Fünf Wochen waren Ulrike und Erich Hepp in Ecuador und Galapagos unterwegs – einer einmaligen Welt mit fantastischen Landschaften und unvergleichlichen Tieren. Sie nehmen uns mit auf diese Traumreise und lassen uns mit großartigen Fotografien und Filmszenen daran teilhaben – ein Erlebnis für alle reise- und alle naturbegeisterten Menschen. Danach besteht die Möglichkeit, bei einem gemeinsamen Essen die Veranstaltung ausklingen zu lassen.

Mittwoch 27.03.2019

Rohrbach
Unterrichten mit der SMART Notebook Software

14.00 – 17.00 Uhr

Ort: Grundschule am Mandelbaum, Schulstraße 4, 76865 Rohrbach
Referentin: Tine Tremmel, GS-Lehrerin und SMART-Trainerin
Anmeldung: bis 21.März 2019 bei Christine Jung, Fon 06346-8819 (persönlich) oder E-Mail hrjung@t-online.de

Die Teilnehmer werden nach einer kurzen Grundlagenschulung in Kleingruppen Unterrichtsinhalte mithilfe der SMART Notebook Software unter Anleitung erstellen und diese präsentieren. Schöpfen Sie die Möglichkeiten der Software bestmöglich aus. Von einfachen Lineaturen über animierte Lückentexte zu interaktiven Lernspielen. Da die Unterrichtsinhalte möglichst lehrplannah eingesetzt werden sollen, kann gerne aktuelles Unterrichtsmaterial mitgebracht werden. Vorkenntnisse sind erwünscht.

Freitag 03.05.2019

Kaiserslautern
Fahrt ins Pfalztheater zum Besuch des Musicals „Cabaret“ von John Kander und Fred Ebb

Bus: Firma Lösch, Landau
Zustiege: Landau, Alter Messplatz (Süwega Halle): 16.30 Uhr
Annweiler, Alte Post: 17.00 Uhr
Pfalztheater: 18.00 Uhr: Möglichkeit zu einem Abendessen
19.30 Uhr. Aufführung des Musicals „Cabaret“
Kosten: Theaterkarte 34,50
Anmeldung: bis 5. April 2019 bei Christine Jung, Fon 06346-8819 (persönlich) oder E-Mail hrjung@t-online.de

Ende der 1920er-Jahre, vor dem Hintergrund der sich anbahnenden Weltwirtschaftskrise, kommt der etwas unschuldig-naive Autor Cliff Bradshaw zu Recherchen nach Berlin. Hier trifft er auf das Nachtleben-Sternchen Sally Bowles, die alles für eine ungewisse Karriere als Sängerin opfert – auch ihre Beziehung zu Cliff. Ob im Londoner Westend oder am Broadway in New York, das Musical fuhr riesige Erfolge ein und gewann mehrere Tony Awards. Hits wie „Cabaret“, „Willkommen“ oder „Maybe This Time“ gingen um die Welt.

Bitte überweisen Sie den Betrag für die Theaterkarten im Voraus – die Bankverbindung teile ich ihnen auf Anfrage mit. Beachten Sie bitte, dass wegen des rechtzeitigen Kartenkaufs Ihre Anmeldung verbindlich ist und das Geld vom Theater nicht zurückerstattet werden kann.

Christine Jung, VBE-Kreisvorsitzende
Südliche Weinstraße

In memoriam

Henny Kerig
FöSchKonrektorin a. D.
Zurmaiener Str. 6
54292 Trier
geb. 01.10.26
† 21.01.19

Heinrich Daubländer
Rektor a. D.
Hauptstr. 95
56182 Urbar
geb. 13.04.40
† 20.09.18

Hermann Hoffmann
RSchDir a. D.
Bergweg 3
54516 Wittlich
geb. 17.05.20
† 07.02.19

Wir werden unseren verstorbenen Mitgliedern ein ehrendes Andenken bewahren.

Eine unerhörte Begebenheit ...

... Graphic Novels im Unterricht

Comics im Unterricht? Ja! Wieso auch nicht, ist doch die gezeichnete Literatur längst eine anerkannte Literaturgattung, die ihren Weg bereits vor Jahren auch in die Forschung und Didaktik gefunden hat. Sowohl im Seitenformat als auch in der Länge der Erzählungen entsprechen Graphic Novels ganz den Wünschen des Zeichners, weshalb es im Gegensatz zum Comic – mit einem meist festgelegten Umfang von 46 oder 64 Seiten – möglich ist, genauso umfangreich und detailliert zu erzählen wie in der Prosa.

In den Zeichnungen werden bildliche oder andere Zeichen zu räumlichen Sequenzen angeordnet, die Informationen vermitteln und/oder eine ästhetische Wirkung beim Betrachter erzeugen. Und eben darin liegt der große Vorteil gezeichneter Literatur mit ihrem ganz eigenen Vokabular:

„Der Comic hat ein schier unerschöpfliches Reservoir bildsprachlicher Symbole entwickelt, um die in seiner Natur begründeten Beschränkungen zu überwinden. Geräusche stellt er durch Soundwords dar, Musik durch gezeichnete Noten, Schmerz durch Sternchen, Angst durch Schweißtropfen, Ratlosigkeit durch ein Fragezeichen über dem nicht weiterwissenden Kopf, Gerüche durch geschlängelte Linien, die von einem ‚riechenden' Gegenstand aufsteigen, Kreise um ein Gesicht signalisieren Schwindel und Speedlines Bewegung." (Andreas C. Knigge)

Eine von vielen wunderbaren Graphic Novels – sogar mit literarischer Vorlage – ist „Die Entdeckung der Currywurst" von Isabel Kreitz, 1996 im Carlsen Verlag erschienen. Die gleichnamige Novelle von Uwe Timm erschien nur drei Jahre zuvor und wird bereits oft im Unterricht behandelt. Wieso bringen Sie also nicht auch die grafische Umsetzung – die auch als eine Form der Literaturadaption mit der Vorlage verglichen werden kann – in die Schule?

Kurz und knapp – der Inhalt

Eine wunderbare Liebesgeschichte im Hamburg der letzten Kriegstage: In Erinnerung an seine Kindheit macht sich der Erzähler auf die Suche nach der ehemaligen Besitzerin einer Imbissbude am Hamburger Großneumarkt. Er findet die hochbetagte Lena Brücker in einem Altersheim und erfährt die Geschichte ihrer „schönsten Jahre" und wie es zur Entdeckung der Currywurst kam. Der Bogen spannt sich weit zurück in die letzten Apriltage des Jahres 1945 ...

Die Illustration der Currywurst – Literaturadaption im Unterricht

Die Graphic Novel greift in einer für die Novelle typischen Rahmenhandlung die Geschichte der Hamburgerin Lena Brücker auf, die ihre Geschichte dem namenlosen Ich-Erzähler weitergibt. Allein der Wechsel von Rahmen- und Binnenhandlung kann durch die Graphic Novel genauso gut dargestellt werden wie kommentierende Sprechblasen, die parallel zu den Bildern weitere Informationen transportieren. Aber auch Zeichnungen stehen stellenweise für sich und vermitteln auch ohne Text die Geschichte mit all ihren Gefühlen und eröffnen dem Leser so einen neuen Interpretationsspielraum.

Isabel Kreitz nutzte als Quelle Schwarz-Weiß-Fotografien aus dem Zweiten Weltkrieg, weshalb auch ihre Zeichnungen der Schwarz-Weiß-Dramaturgie mit realistischen und kontrastreichen Bildern folgen. Durch die filmisch anmutenden Sequenzen erhält der Leser den Eindruck, er laufe gemeinsam mit dem Erzähler durch Hamburg und die Geschichte.

Wegen des historischen Bezugs auf das Ende des Zweiten Weltkriegs lässt sich die Graphic Novel auch fächerübergreifend in den Unterricht einbinden und motiviert Schülerinnen und Schüler auf einer neuen Ebene zum „Lesen" von Comics.

Isabel Kreitz: Die Entdeckung der Currywurst, als Graphic Novel im Carlsen Verlag erschienen, 64 Seiten, ab 12 Jahren, ISBN 978-3-551-78183-3, 12,90 €. In der Neuausgabe mit umfangreichem Anhang, der die dramatischen Ereignisse des Kriegsendes in Hamburg dokumentiert.

ele/Carlsen

Was Lehrern so einfällt*

* (und Lehrerinnen natürlich auch)

... wenn sie – sprühend vor Esprit – die Vielfalt pädagogischer Situationen meistern:

Wer auf die Toilette muss, bitte, der geht – ich möchte nicht, dass hier Feuchtigkeitsprobleme auftreten ...

Genau das ist es, Robert, du darfst bis zum Ende der Stunde pennen ...

In einem großen Kurs gilt der Trägheitssatz: Wenn auf Schüler keine Kraft ausgeübt wird, dann verharren sie im Zustand der Ruhe ...

Johannes, können Sie sich nicht mit Susanne zusammentun und gemeinsam am Riemen reißen, damit es besser läuft ...

... wenn sie durchblicken lassen, welche Spuren die sexuelle Revolution bei ihnen hinterlassen hat:

Sie hängen wohl noch der Theorie an, dass Referendarinnen sich durch Knollen vermehren?

Wenn euch dazu nicht mehr einfällt, als in den Aufklärungsbüchern steht, könnt ihr mir leidtun ...

Ihr stellt euch selbstverständlich in die Knutschzone ... Dann braucht ihr euch nicht zu wundern, wenn ihr bald nur noch abgeleckte Knochen seid ...

Wenn ihr euch gern habt, braucht ihr euch noch lange nicht auf der Erde herumzuwälzen ...

... wenn sie ihr tiefes Verständnis der modernen Welt zum Ausdruck bringen:

Bei diesen hohen Geschwindigkeiten ist kein Fahrer mehr in der Lage, die vielen, vielen Schilder zu ignorieren ...

Die Concorde, immer noch lediglich ein französisches Prestigeprodukt, ist jetzt schon länger als 9 Jahre in der Luft ...

Meine Schwester hat einen Gebrauchtwagen gekauft – der Verkäufer hat ihr einen Bundesbahnfahrplan kostenlos dazugegeben ...

(Nach einem weiteren Unfall): Ich bin der meistgebumste Lehrer dieser Schule ...

... wenn sie sich in ihrem Ordnungsbewusstsein verschaukelt fühlen:

Ich bin seit Tagen heiser wie eine Nebelkrähe und bin trotzdem hier, wie du unschwer feststellen kannst ...

... wohl nach dem Motto: Es gibt viel zu tun, machen wir blau ...

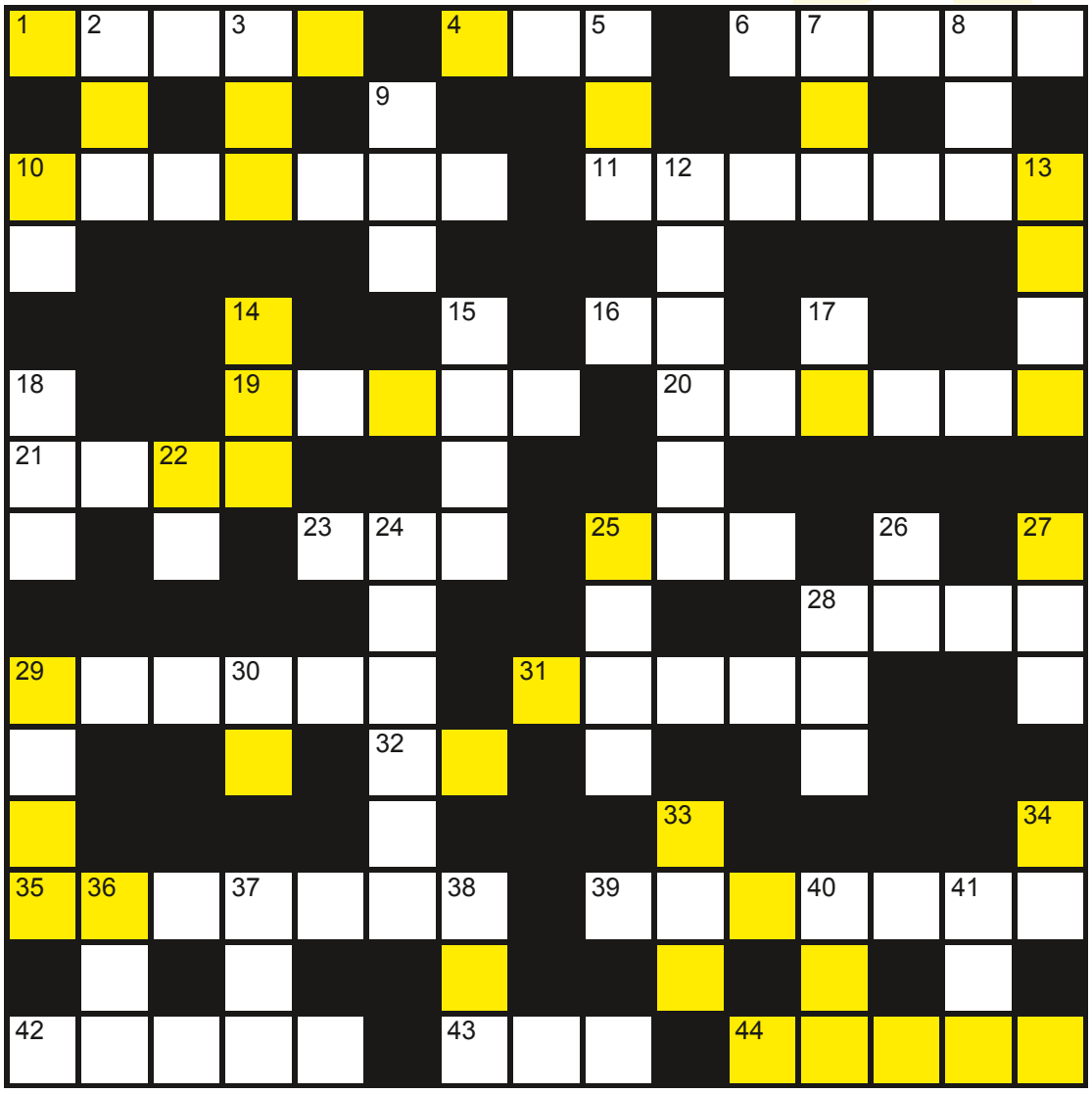
(Der Lehrer entschuldigt seine eigene Verspätung.) Ich habe mich, wie Sie sehen, verspätet. Meine Frau ist nicht da, und da musste ich Schlafmittel nehmen – ich kann wohl nicht mehr ohne ...

Ich hab mir so ein schönes Programm für diese Stunde gemacht, und dann kommen die gar nicht ...

Zitate aus dem echten Schulleben, gesammelt von Dieter Kroppach (✞)

ele

Das **große** „Einszweidrei, im Sauseschritt, läuft die Zeit, wir laufen mit.“-(W.Busch)-**Rätsel**.



Die Buchstaben in den gelben Feldern ergeben – von links nach rechts gelesen – den Lösungssatz.

.

waagerecht:

1 Bereitschaftsdienst
4 Waschmittel in der Tube
6 Trägt das Universum auf seiner Schulter
10 Teil des Fußbodens
11 Schuft
16 Fluss in Italien
19 Bitte mixen: oxarh
20 Der Erste
21 Laufbursche
23 Hochschule
25 Fragewort
28 Ich bin ein ?, holt mich hier raus!
29 --- ist die beste Medizin
31 Leckerer Fisch
32 Neu-Ulm
35 Die kennt nur der Wind
39 Rot-blau
42 Macht man mit den Augen
43 Chinesische Volksgruppe
44 Macht man mit den Beinen

senkrecht:

2 Spielkarte
3 Ungarischer Fernsehsender
5 Ego
7 Englischer Donnerstag (Abk.)
8 Fusel (Abk.)
9 Auch (schwedisch)
10 Anfang von allem
12 Überempfindlichkeit
13 Ethiopian Satellite Television
14 Früherer Weggenosse von Fidel
15 Talsperre in Argentinien
17 Kreiszahl
18 Chef vom Kloster
22 Audi ?
24 Steht im Bruch unten
25 So heißt der Rhein in Holland
26 @
27 Einwohner von Eire
28 Gab es früher immer Ende Sommer
29 Landesarchiv
30 Modeladen
33 South African Airways
34 Stadt in California (Abk.)
36 Never, ever
37 Fragewort
38 Schilddrüsenhormon
40 Erde-Mond-Erde
41 Bitte mixen: RTE

Klasse!

Mitglied werden im VBE!

www.vbe-rp.de ··· Mitglied werden

Jetzt mit vielen neuen **Beitritts-Prämien:***

- **Schulorganisationssoftware** VBE Fundstellen im Online-Portal (kostenfrei für 1 Jahr)
- **VBE-Powerbank** für Smartphone und Tablet
- **Amazon-Gutschein** im Wert von 15,00 Euro
- **Klassenhits** – 143 Lieder rund um die Schule
- **Klassenhits – Die Zugabe** 71 1/2 Lieder rund um die Schule

* Neue Mitglieder können unter den oben genannten Prämien eine auswählen.
Wer ein neues, zahlendes VBE-Mitglied **wirbt**, erhält einen Amazon-Gutschein im Wert von 15,00 Euro

VBE
Verband Bildung und Erziehung
Landesverband Rheinland-Pfalz
www.vbe-rp.de

Mehr Gerechtigkeit wa(a)gen.
Damit Lehrer nicht sitzen bleiben.

ein guter GRUNDSCHULE zu stärken!

Bildung mit Biss! VBE